

nachrichten

INFORMATIONEN UND KOMMENTARE
EUR WIRTSCHAFTS- UND SOZIALPOLITIK

11. V. Jahrgang

Friedrichshafen, 1. November 1965

DM 0,60

22 21395

Im DGB herrscht Tauwetter

**Zusammenarbeit mit Ost-Gewerkschaften bahnt sich an
Erfreuliche Entwicklung für die Verständigung der Völker**

Der Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes hat die Absicht, eine Delegation, an deren Spitze der DGB-Vorsitzende Rosenberg stehen soll, nach Moskau zu schicken, um Kontakte mit den sowjetischen Gewerkschaften aufzunehmen. Wär ist der Zeitpunkt der Reise noch nicht bekannt, jedoch soll dem Gesamtvorstand des DGB eine entsprechende Vorlage zur Diskussion und Entscheidung vorliegen. Die Delegation will auf eigene Kosten und mit eigenem Dolmetscher reisen, um nach außen hin ihre absolute Unabhängigkeit zu demonstrieren.

Diese Mitteilung kommt nicht überraschend. In den letzten Jahren ist es immer öfter vorgekommen, daß die Verbote des DGB-Bundesvorstandes, Reisen in den Osten zu unternehmen, von den Einzelgewerkschaften durchbrochen worden sind. Ganz besonders aber war es die Reise des ÖTV-Vorsitzenden, Heinz Kluncker, in die Tschechoslowakei, die den „Bann“ gebrochen hat. Der ÖTV-Vorsitzende, der seine Reise u. a. mit der Bemerkung motivierte, daß die Gewerkschaften sich davor hüten müßten, die letzten „kalten Krieger“ zu stellen, hat nicht nur eine weitere Einladung nach Warschau und Moskau angenommen, sondern gleichzeitig auch den Austausch von Informationsgruppen zwischen der ÖTV und der Gewerkschaft des öffentlichen Dienstes in der CSSR sowie mit Gewerkschaften in Polen und der UdSSR vereinbart.

Es ist also kaum anzunehmen, daß der geschäftsführende Bundesvorstand des DGB, von dem die Initiative zu der Moskau-Reise ausgeht, allein aus freiem Entschluß gehandelt hat; vielmehr stand er seit geraumer Zeit unter dem Druck der Einzelgewerkschaften des DGB, die verschiedentlich mit den Berufs- und Fachverbänden in den sogenannten Ostblockstaaten Beziehungen aufgenommen hatten und nicht zuletzt auch die Reisen von Jugenddelegationen zum Besuch ehemaliger Konzentrationslager unterstützt haben. Aber wie dem auch sei, die Entscheidung des DGB-Bundesvorstandes wird einen wesentlichen Schritt zum Abbau des kalten Krieges bedeuten und dazu beitragen, die ideologische Vereisung unter den Gewerkschaften aufzulauen. Sie ist gleichzeitig ein wichtiger Beitrag zur Verständigung der Völker untereinander und für die Sicherung des Friedens.

Mit dem Entschluß, Kontakte zu den sowjetischen Gewerkschaften aufzunehmen, drängt sich aber gleichzeitig eine andere Frage in das politische Bewußtsein: Wenn Kontakte mit sowjetischen Gewerkschaften, warum dann nicht das gleiche mit den Gewerkschaften in der DDR? Wenn schon Gespräche mit den Kommunisten in Moskau, warum dann nicht auch Gespräche mit den Kommunisten in Ostberlin? Die Kommunisten in der „Ostzone“ können doch nicht gefährlicher sein als die Kommunisten in Prag, Warschau oder Moskau. Und so wenig man erwarten kann, daß die DGB-Delegation kommunistisch infiziert aus Moskau zurückkommt, ist zu befürchten, daß eine Gewerkschaftsdelegation aus Westdeutschland SED-verdächtig die Heimreise aus Ostberlin antreten würde.

Es ist nicht daran zu zweifeln, daß gegenseitige Fühlungnahmen die Voraussetzungen zur Herstellung sachlicher und vernünftiger Beziehungen zwischen den Gewerkschaften sind, die in unterschiedlichen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Verhältnissen die Interessen ihrer Mitglieder wahrzunehmen haben. Sie sind gleichzeitig die Voraussetzung für ein Wiederzusammenfügen der beiden Teile Deutschlands. Aber darüber sollte sich der DGB-Bundesvorstand keiner Täuschung hingeben: Der Schlüssel zur Wiedervereinigung liegt nicht in Moskau, sondern in Ostberlin.

Aus dem Inhalt

| | Seite |
|---------------------------------------|-------|
| Kalter Krieg gegen Mitbestimmung | 2 |
| Unternehmer blockieren Fortschritt | 3 |
| Die „Leber-Bank“ | 4 |
| Am Thema „vorbeigetagt“ | 5 |
| Neue Strömungen im WGB | 6 |
| Energieträger in Gemeineigentum | 9 |
| Nach den Wahlen — zahlen | 10 |
| Aufschlußreicher Sozialbericht 1965 | 12 |

Striptease

„Die Demokratisierung der Wirtschaft ist so unsinnig wie eine Demokratisierung der Schulen, der Kasernen oder der Zuchthäuser.“ So schrieb ein Herr E. W. Mänken im Industriekurier, dem Leib- und Magenorgan der deutschen Unternehmer.

Man bedarf zu einer Analyse dieses Ausspruches und der geistigen Haltung seines Verfassers keiner Kenntnis der Freudschen Methoden der Analyse. Die Begriffe Schule, Kaserne und Zuchthaus im Zusammenhang mit der Demokratisierung der Wirtschaft besagen, daß wir es hier mit einem Prügelpädagogen zu tun haben, der die Arbeitnehmer zu noch Besserem geeignet hält, als geschulmeisterlich, herumkommandiert oder gar hinter Gittern gehalten zu werden. Dieses geistige Striptease enthält nicht nur die Einstellung des Verfassers und des Industriekuriers, der sie an hervorragender Stelle veröffentlichte. Schließlich ist Herr Mänken der Sprecher all jener Kreise, zu deren Besitzstandesverteidigung er, der Industriekurier und andere angetreten sind. Im Ärger über die Forderung des DGB nach Ausweitung der qualifizierten Mitbestimmung auf alle Bereiche unserer Wirtschaft haben sie hier das treffendste Argument für die Notwendigkeit dieser Mitbestimmung geliefert, für die Notwendigkeit, die menschliche Freiheit im Betrieb durch seine Demokratisierung zu sichern.

Hätten die Gewerkschaften je behauptet, die Unternehmer und Manager strebten die Rückbildung unserer Betriebsverfassung zu solchen Kasernen- und Zuchthausverhältnissen an, man hätte sie der Übertriebung bezichtigt. Insofern sollte man dem Industriekurier und Herrn Mänken dankbar sein, daß er die Bestrebung gewisser Kreise wieder in das rechte Licht gerückt hat.

S. P.

Kalter Krieg gegen Mitbestimmung

Die Unternehmer haben sich schon formiert

Gewerkschaften müssen Öffentlichkeit stärker aufklären

Das Ergebnis der Bundestagswahl hat die Mächtigen der Wirtschaft und ihre Propagandisten so übermütig und arrogant gemacht, daß sie die gewerkschaftliche Forderung nach erweiterter Mitbestimmung ihrerseits mit einer Kriegserklärung beantwortet haben. Den Startschuß zum kalten, zum psychologischen Krieg gegen die Gewerkschaften gab das Sprachrohr der Unternehmer, der „Industriekurier“. Er tönte am 7. Oktober mit dem Schlachtruf, die Gewerkschaftsforderung bringe „die härteste Auseinandersetzung“ mit sich, „von der die Wirtschaft der Bundesrepublik seit Gründung dieses Staates betroffen sein wird“.

Eine Woche später, am 15. Oktober, konnte Arbeitgeberpräsident Prof. Balke der Presse in Bonn eine Stellungnahme aller unternehmerischen Organisationen präsentieren, die unter Federführung von Dr. Schleyer (dem Initiator der Aussperrung in Baden-Württemberg) entstanden war und dementsprechend negativ ausfiel. Namens der Bundesvereinigung der Deutschen Industrie, des Bundesverbandes der Deutschen Arbeitgeberverbände, des Deutschen Industrie- und Handelstages, des Bundes Katholischer Unternehmer, der Arbeitsgemeinschaft Selbständiger Unternehmer und des CDU-Wirtschaftsrates (man beachte die holde Eintracht!) wird darin jede Ausweitung der qualifizierten Mitbestimmung zurückgewiesen.

Um dem Leser einen Einblick in die „Argumente“ und damit in die geistige und politische Grundhaltung der Unternehmer zu gewähren, wollen wir hier einige der bezeichnendsten Zitate aus der großbürgerlichen Presse wiedergeben.

Springers **DIE WELT** vom 8. 10. sieht in der Mitbestimmung „das Ende der freien unternehmerischen Wirtschaft, den Übergang der wirtschaftlichen Macht auf ein gewaltiges Gewerkschaftskartell, also praktisch eine Art Sozialisierung auf kaltem Wege“. In bewährter Manier orakelt das Blatt: „Bei den radikalen Gewerkschaften besteht die Gefahr, daß kleine, ehrgeizige und fanatische Funktionsärscliken die Führung an sich reißen ... und dann ... die ganze bundesdeutsche demokratische Ordnung in Frage stellen wollen.“

Die **FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG** vom 5. 10., das führende Blatt des deutschen Großkapitals, schreibt, es kümmere die Gewerkschaften wenig, ob die Arbeitnehmer mit einer „kalten Gewerkschaftsdictatur“ einverstanden seien, denn man erlebe ihren Versuch, „sich allmählich in eine Position zu manövrieren, von der aus sie das ganze öffentliche Leben steuern möchte“. Die Zeitung unterstellt den Gewerkschaften „eine eklatante Verletzung der politischen Funktionen“, „ungehemmte Kritik an der Justiz“ und diffamiert ihre Forderungen als „Beweise eines gespaltenen politischen Bewußtseins“.

Wecken solche Parolen nicht die Erinnerung daran, daß auch der ehemalige Arbeitgeber-Präsident Paulsen die Notstandsgesetze als Mittel zur Verhinderung gewerkschaftlicher Forderungen bezeichnete?

Der **INDUSTRIEKURIER** vom 7. 10. erwartet „auch von der Arbeitgeberseite her“ die „härteste Auseinandersetzung ... weil es nicht um materielle Fragen, sondern um die Existenz der Unternehmer schlechthin geht“.

Dort hören wir dann auch folgendes symptomatische „Argument“ gegen die Mitbestimmung: „Die Demokratisierung der Wirtschaft ist so unsinnig wie eine Demokratisierung der Schulen, der Kasernen oder der Zuchthäuser.“ Wir könnten eigentlich den Unternehmern dankbar sein, daß sie in dieser Offenheit eine Parallele zwischen dem Leitungssystem der Wirtschaft und dem der Zuchthäuser ziehen. So wissen wir wenigstens unmissverständlich, woran wir sind.

Das **HANDELSBLATT** vom 9. 10. spricht ziemlich unverblümmt darüber, daß Gespräche zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften kaum mehr als „einer weiteren Klärung der Fronten dienen“ könnten. Dazu seien die Auffassungen zu unterschiedlich, „geht es hier doch um Fragen, die an die Grundstruktur unserer Wirtschaft röhren“. Das Blatt beseitiigt auch den geringsten Zweifel an der Haltung der Unternehmer, wenn es schreibt: „Auf Arbeitgeberseite ist man jedenfalls der Ansicht, daß es eine Mitbestimmung der Arbeitnehmer an den wirtschaftlichen Entscheidungen der Unternehmensleitung praktisch gar nicht geben kann ... nur wenige Menschen mit Führungsqualitäten werden die wichtigen Entscheidungen treffen können und treffen müssen“.

Aber das genügt ihnen nicht. Die ab-

grundtiefe Verachtung, die die sogenannte „Wirtschaft“ den Arbeitnehmern auch heute noch entgegenbringt, spiegelt sich am besten in dem Satz eines Kommentars des **HANDELSBLATT** vom 28. 9. wider, der die Mitbestimmungsforderung der IG Druck und Papier in den Zeitungskonzernen treffen will. Dort heißt es: „Fürwahr, welche Diktatur würde uns erwarten, wenn solche Ungebildeten die geistigen Arbeiten durch Zensur terrorisieren könnten.“

Wir brauchen diesen wenigen Stimmen keine weiteren mehr hinzuzufügen, um die Tendenz deutlich zu machen, die den kalten Krieg der Unternehmer gegen die Gewerkschaften kennzeichnen. Wir wollten damit sichtbar machen, mit welcher Deutlichkeit in der Bundesrepublik wieder die Klassengegensätze zutage getreten sind. Es liegt nun in der Hand der Gewerkschaften, den Fehdehandschuh der Unternehmer aufzugreifen und mit einer großen öffentlichen Aufklärungsaktion über die wahren Ziele gewerkschaftlicher Mitbestimmung zu antworten.

Die Gewerkschaften können unter Beweis stellen, daß es ihnen — im Gegensatz zu den egoistischen Interessen des Großkapitals — um die Funktionsfähigkeit der Demokratie, um die Verhinderung des Machtmisbrauchs und um die Einbeziehung des ganzen Volkes in die demokratische Gestaltung unserer Ordnung geht.

Die Anmaßungen der Unternehmer können nur mit einer Gegenoffensive der Gewerkschaften getroffen werden, die um Verständnis und Unterstützung aller produktiven Volksteile wirbt und damit die eigene Organisation festigt. Dabei können die Gewerkschaften auf sehr viel Wohlwollen rechnen. So schreibt die **WESTDEUTSCHE ALLGEMEINE** am 16. 10. zu der angeblich bedrohten Existenz des „freien Unternehmers“: Die Entwicklung habe diese Symbolfigur längst beseitigt und von allen erprobten Prinzipien habe „das Führerprinzip in Deutschland am jämmerlichsten versagt“. —mek

Die Zahl der Arbeitskräfte stagniert

Bis 1975 wird die Zahl der Arbeitskräfte in der Bundesrepublik nicht mehr zunehmen. Millionen Menschen müssen in der gleichen Zeit wegen Automation und anderer Formen des technischen Fortschritts Beruf und Arbeitsplatz wechseln. Bereits seit 1962 stagniert die Beschäftigtenzahl in der Industrie, während gleichzeitig die Arbeitszeit gesunken und die Produktivität zügig gestiegen ist.

Diese Feststellung machte der Leiter der Automationsabteilung beim Vorstand der IG Metall, Dr. Friedrichs, im Oktober anlässlich der Eröffnung der Wanderausstellung zum Thema „Au-

tomation — Risiko und Chance“ in Mannheim. Die Ausstellung wird in diesem Jahre noch in Karlsruhe, Osnabrück und Aachen zu sehen sein.

Die Gewerkschaften könnten es nicht hinnehmen, sagte Dr. Friedrichs, wenn den von Umstellungen betroffenen Arbeitnehmern Lohnminderungen je Stunde von 1,25 DM zugemutet würden. Er forderte von der Bundesregierung die Einrichtung einer zentralen Koordinationsstelle zur Beobachtung und Erforschung der Automationsfolgen, wofür mindestens 25 Millionen DM eingesetzt werden müßten.

Unternehmer blockieren Fortschritt

Gewerkschaften wollen wachsende Macht der Wirtschaft stärker kontrollieren - Nicht auf Gesetzgeber verlassen

Wenige Wochen nach den Wahlen ist deutlich geworden, daß die Unternehmerverbände das Wahlergebnis nutzen wollen, um ihre Position gegenüber der Arbeiterschaft und ihren Gewerkschaften weiter zu stärken. Unter Mißbrauch wirtschaftlicher Macht widersetzen sie sich jedem Versuch, die Bundesrepublik nach dem Verfassungsauftrag zu einem sozialen und demokratischen Rechtsstaat zu entwickeln.

Nach dem mißlungenen Versuch, die Gewerkschaften mit der Politik der das Großkapital vertretenden Regierungspolitik gleichzusetzen, sollen nun die Gewerkschaften als die aktiven Vertreter der Interessen der Arbeiter und Angestellten ausgeschaltet werden. Die Angriffe der Unternehmer sind zweifellos die ersten Schritte auf dem Weg zu der von Erhard verkündeten „formierten Gesellschaft“.

Die wütendsten Angriffe der Unternehmerverbände richten sich gegen die Forderungen der Gewerkschaften auf die Ausweitung der wirtschaftlichen Mitbestimmung. Auf einer Großkundgebung der IG Chemie, Papier, Keramik in der Dortmunder Westfalenhalle wurden diese Forderungen konkretisiert. Die Gewerkschaften wollen erreichen, daß wenigstens die in der Montanindustrie praktizierte Mitbestimmung auf alle übrigen Bereiche der Wirtschaft ausgedehnt wird. Damit soll der Beginn einer Demokratisierung unserer Wirtschaft eingeleitet und die Gefahr politischen Mißbrauchs wirtschaftlicher Macht verhindert werden. Diesem nicht nur den Gewerkschaften dienenden Kampf setzen die Unternehmer heftigsten Widerstand entgegen. Sie wollen keine Demokratisierung der wirtschaftlichen Verhältnisse in der Bundesrepublik, weil sie sich keine Ordnung denken können, in der ihre unbedingte Herrschaft nicht gesichert ist. Sie behaupten, daß die Forderung der Gewerkschaften nach einer Kontrolle der wirtschaftlichen Macht und nach Ausweitung der Mitbestimmung die „freie gesellschaftliche Ordnung“ stürzen könne.

Ist aber eine Gesellschaft frei, in der mehr als 22 Millionen Beschäftigte von jenen vielzitierten 94 Männern, die als Wirtschafts- und Bankmanager den inneren Kern unserer Wirtschaft beherrschen, in Abhängigkeit gehalten werden? Die Unternehmerverbände reden von Freiheit, aber sie meinen ihre Diktatur, sie melden den Fortbestand des „Herr-im-Hause-Standpunktes“. Im Stile absoluter Monarchen wollen sie die in den Betrieben herrschende autokratische Ordnung zementieren.

Der Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Ludwig Rosenberg, hat mit Recht erklärt: Man kann nicht gleichzeitig im politischen Bereich ein freier Bürger und im wirtschaftlichen Bereich ein Untertan sein. Das Großkapital will keine freien Staatsbürger. Sein Idéal ist ein durch die Notstands-

gesetze entmündigter Staatsbürger, der auch im wirtschaftlichen Bereich nichts zu sagen hat und der schutzlos der Profitier und der aggressiven Zielsetzung des Großkapitals ausgeliefert ist. Damit ist nur eine Erfahrung der Gewerkschaften ausgesprochen, die Erfahrung nämlich, daß es ohne Demokratie im Betrieb keine Demokratie in Staat und Gesellschaft geben kann.

Für die Arbeiterschaft und ihre Gewerkschaften ist nach den Wahlen eine ernste Lage entstanden. Es kommt jetzt darauf an, daß sie mit der Verwirklichung ihrer Forderungen nach Ausweitung der Mitbestimmung und Realisierung der Demokratie auch im Betrieb Ernst machen. Es kommt auch darauf an, nun den Arbeitern und Angestellten in der Bundesrepublik die Befreiung der gewerkschaftlichen Forderung zu erläutern und sie davon zu überzeugen, daß mehr Mitbestimmung die Positionen der Arbeiterschaft stärkt und damit auch zu einem Hebel für die materielle Verbesserung ihrer sozialen Lage wird.

Es gilt, die Mitglieder der Gewerkschaften zu mobilisieren, um den geschlossen handelnden Unternehmerverbänden die Kraft einer einigen und aktiven Gewerkschaftsfront entgegenzustellen.

Zweifellos ist es richtig, daß die Gewerkschaften versuchen, den Gesetzgeber zu zwingen, die Mitbestimmungsrechte durch das Gesetz zu sichern. Aber sie dürfen sich nicht allein auf das Parlament verlassen, sondern daran wirken, in ihrem speziellen Bereich durch Tarifverträge und Betriebsvereinbarungen Realitäten zu schaffen, die Parlament und Regierung akzeptieren müssen. Nur so kann der Angriff der Unternehmerverbände zurückgeschlagen und die Demokratisierung unserer Wirtschaft verwirklicht werden. H. S.

STATISTISCHE MÄTZCHEN

In Bulletin der Bundesregierung vom 28. September ist ein Beitrag über die Entwicklung der Reallöhne seit 1953 veröffentlicht. In diesem Bericht wird behauptet, daß sich die Reallöhne seit dieser Zeit in der Bundesrepublik verdoppelt hätten und damit an der Spitze aller Länder ständen. Die Realeinkommen der Arbeitnehmer seien bei uns viermal so schnell gestiegen wie in den USA. Diese Behauptung ist völiger Unfug.

Wer sich die Mühe macht, an Hand des Statistischen Jahrbuches und sei-

ner internationalen Übersichten diese Verlängerung des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung nachzurechnen, kommt zu folgenden Ergebnissen: Der Brutto-Stundenverdienst der Arbeitnehmer in der verarbeitenden Industrie in den USA betrug im Jahre 1953 = 1,74 Dollar und im Oktober 1964 = 2,53 Dollar. Der Brutto-Stundenverdienst der westdeutschen Industriearbeiter erreichte 1953 durchschnittlich 1,78 DM und im Oktober 1964 = 4,02 DM. Danach hat das Bundesministerium für Arbeit scheinbar recht, wenn es behauptet, das Einkommen der Industriearbeiter im Bundesgebiet habe sich — nach Abzug der gestiegenen Kosten der Lebenshaltung — verdoppelt und in den USA nur um 25 v. H. erhöht. Aber so einfach sind die Dinge nicht.

Die 1,74 Dollar Brutto-Stundenverdienst in den USA 1953 repräsentieren einen ganz anderen Lebensstandard als die 1,78 DM Stundenlohn des deutschen Industriearbeiters. Nach deutschem Verbrauchsschema von 1953 gerechnet repräsentierten diese 1,74 Dollar einen Stundenlohn von schon damals 4,40 DM und nach amerikanischem Verbrauchsschema sogar von 7,78 DM. Dieses Einkommen hat der deutsche Industriearbeiter noch nicht einmal im Jahre 1965 erreicht.

Inzwischen ist der Brutto-Stundenverdienst der Industriearbeiter in den USA auf 2,53 Dollar gestiegen, das bedeutet nach deutschem Verbrauchsschema sogar 9,43 DM. Das ist also mehr als das doppelte Einkommen der westdeutschen Industriearbeiter.

Daß ein bereits hoher Lebensstandard in einem Lande nicht mehr im gleichen Tempo wächst wie der Standard z. B. in unterentwickelten Gebieten, ist selbstverständlich. Entscheidend ist allein die absolute Höhe dieses Standards, und da haben eben die Industriearbeiter der Bundesrepublik heute noch nicht den US-Standard von 1953 erreicht.

VEBA-WAHLBLUFF GEPLATZT

Der Kurs der VEBA-Aktien hat sich Ende Oktober bis auf den Ausgabepreis gesenkt, d. h. daß jene „Volksaktionäre“, die jetzt ihre VEBA-Aktien verkaufen wollen, dies nur noch mit Verlust tun können. Zugleich aber verschwindet das Privileg der einkommensschwachen VEBA-Käufer, die aus wahlaktistischen Manövern der Bundesregierung zunächst allein bezugsberechtigt waren.

So entpuppt sich also die mit marktschreierischer Reklame gestartete Privatisierung der VEBA als ein plumper Wahlschwindel. Inzwischen hat jeder zehnte VEBA-„Volksaktionär“, der auf die Versprechungen der Bundesregierung reingefallen war, seine Aktie abgestoßen, um nicht noch höhere Verluste zu erleiden. Hoffentlich vergessen die Wähler bis zur nächsten Wahl nicht, wie sie mit der VEBA-Volksaktie hinter Licht geführt wurden.

Die „Leber-Bank“

Die durch die IG Bau-Steine-Erden angeregte Gründung der „Bank für Sparanlagen und Vermögensbildung AG.“, einer Tochter der gewerkschaftseigenen Bank für Gemeinwirtschaft, hat über den Rahmen der Gewerkschaften hinaus einiges Aufsehen erregt. Hier sollen die Bauarbeiter den im letzten Tarifvertrag vereinbarten Sparbeitrag von je Arbeitsstunde 9 Pfennig (zu zahlen von den Arbeitgebern) plus 2 Pfennig (aufzubringen vom Arbeitnehmer) „vermögenswirksam“ anlegen. Zum Anreiz zahlt die IG Bau jedem sparswilligen Mitglied, das bei der neuen Bank ein Konto eröffnet, einmalig eine Prämie von fünf DM.

Die neue Bank soll den Sparern wesentliche Vorteile bieten, wie z. B. eine Verzinsung des Sparkapitals mit Prämien und Ertragsanteilen von rund 10 Prozent. Außerdem soll der Aufsichtsrat der Bank sich zur Mehrheit aus langfristigen Sparern zusammensetzen und über die Anlage des Geldes entscheiden, also jede Mitsprache von Unternehmervertretern von vornherein ausschalten. Selbst wenn nur 400 000 der rund 1,5 Millionen Bauarbeiter jährlich 200 DM sparen, würde das Institut in zehn Jahren über mehr als 1,5 Milliarden DM verfügen.

Aber dieses neue gewerkschaftseigene Unternehmen ist ja nicht nur auf die IG Bau begrenzt, sondern es soll künftig allen Gewerkschaftern zur Anlage „vermögenswirksamer“ Leistungen, sei es nach dem 312 DM-Gesetz usw., offenstehen. Es liegt auf der Hand, daß es als Fonds einer riesigen Kapitalansammlung dienen und durch eine entsprechende Handhabung zu einem einflußreichen Faktor in der Wirtschaft entwickelt werden kann. Allerdings darf die „Leber-Bank“, wie sie von den Unternehmen bereits getauft wurde, sich nicht einfach der Praxis normaler Geschäftsbanken anschließen. Dann hätte es bei der Bank für Gemeinwirtschaft bleiben können und keiner Neu gründung bedurft.

Die Bank für Sparanlagen und Vermögensbildung AG. sollte vielmehr in ihrer Funktion und Wirkungsweise so ausgebaut werden, daß die Arbeitnehmer über sie Einfluß auf das Produktionsvermögen erhalten. Wie so etwas gemacht wird, haben die großen Finanzbanken wie Commerzbank, Deutsche Bank und andere, die mittels einer entsprechenden Kreditpolitik über unzählige Großunternehmen und in zahlreichen Konzernen die Kontrolle ausüben, zur Genüge vorexerziert. Nur, daß sie diese Kontrolle im Interesse einiger Weniger ausüben.

Auf ein Geldinstitut mehr oder weniger kommt es nicht an. Was die Arbeitnehmer brauchen, ist eine Körperschaft, über die sie — neben einer wirksamen (weil finanzstarken) Mitsprache in der Wirtschaft — auch einen nennenswerten Teil des Ertrages abschöpfen und die Allmacht der privaten Finanzmagnaten schmälen und zurückdrängen können.

Gewerkschaften machen Ernst

**Von der Diskussion zur Aktion für die Mitbestimmung
Initiative der IG Chemie mit Unterstützung des DGB**

Eine echte Mitbestimmung der Arbeitnehmerschaft in allen Groß-, Mittel- und Kleinunternehmen fordert die IG Chemie-Papier-Keramik. Auf einer im vergangenen Monat in Dortmund stattgefundenen Kundgebung erklärte Gewerkschaftsvorsitzender Wilhelm Gefeller, daß es sich hierbei „nicht nur um eine Forderung der IG Chemie handelt, sondern daß hinter ihr der DGB steht“. Vor rund 3000 Gewerkschaftsfunktionären aus den Bezirken Nordrhein und Westfalen verlangte Gefeller für alle Unternehmen mit mehr als 20 000 Beschäftigten eine Unternehmensverfassung, „die in ihren Grundzügen weitergeht als das Mitbestimmungsgesetz und die als wesentliches Merkmal neben der Aktionsversammlung auch eine gleichberechtigte Versammlung der Arbeitnehmer-Vertreter vorsieht.“

Gefeller sagte: „Diese Unternehmensverfassung muß man für alle Unternehmen dieser Größenordnung vorsehen, ganz gleich in welcher Rechtsform sie betrieben werden — ob als Aktiengesellschaft, Personengesellschaft oder Einzelunternehmen. Der Einfluß dieser Unternehmen — es sind etwa 50 an der Zahl — ist weit über den kommunalen und sogar über den Bereich des Landes hinausgewachsen und wirkt heute weltweit. Hier ist die Gefahr des Mißbrauchs wirtschaftlicher Macht am meisten gegeben. Die verheerenden Folgen kennen wir alle aus der Vergangenheit. Das Schicksal von Millionen Arbeitnehmern und Tausender abhängiger Menschen hängt von solchen Riesenunternehmen ab. Die Politik der Preisgestaltung und Marktanteilung wird nur von dem Management dieser Gesellschaften allein bestimmt. Sie sind souveräner als eine Landesregierung unseres Bundesstaates, ja sie sind souveräner als die Bundesregierung.“

Als eine weitere Forderung der IG Chemie-Papier-Keramik bezeichnete Gefeller die Anwendung des Montan-Mitbestimmungsgesetzes auf Unternehmen mit mehr als 3000 Beschäftigten und 75 Millionen DM Bilanzsumme oder 150 Millionen DM Jahresumsatz. Zwei dieser drei Faktoren träfen gemeinsam auf rund 275 Kapitalgesellschaften in der Bundesrepublik zu. Für Betriebe, die bezüglich der Beschäftigtenzahl und des Kapitals unter diesen genannten Größen liegen, verlangte der Gewerkschaftsvorsitzende eine Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes, mit dem Ziel, daß über ein neues Gesetz den Arbeitnehmern größere Möglichkeiten der Mitbestimmung und -entscheidung eingeräumt werden.

An die politischen Parteien richtete Wilhelm Gefeller die Frage, ob sie bereit seien, die hervorragenden Leistungen der Gewerkschaften beim Wiederaufbau dadurch zu honoriieren, daß sie sich intensiver als bisher der Forderung der Gewerkschaften auf Mitbestimmung in der Wirtschaft annehmen. Nicht mit Redensarten, Appellen oder unverbindlichen Zusagen, „die Materie prüfen zu wollen“, sondern mit einer klaren Entscheidung, ob sie prinzipiell die Ausweitung der Mit-

bestimmung auf alle in Frage kommenden Industriezweige wollen oder ob sie sie ablehnen.“

Wilhelm Gefeller sagte dann weiter: „Auf diese Frage können Regierung und Parlament den 22 Millionen Arbeitern, Angestellten und Beamten gleich eine Anzahl Antworten, die die versprochenen Sicherheiten betreffen, geben: Die eindeutige Antwort nach der Sicherheit,

- daß die politisch-parlamentarische Demokratie auch wirtschaftlich untermauert und ergänzt wird,
- daß Automation, Rationalisierung und Strukturkrisen nicht den wirtschaftlich Abhängigen treffen, wie es in der Vergangenheit ständig der Fall war,
- daß der Arbeitnehmer auch in der Wirtschaft ein zur Selbstbestimmung ausgerenes Wesen ist und daß er hierfür die Verantwortung zu tragen in der Lage ist,
- daß wirtschaftliche Macht nicht in politische Macht umgemünzt wird.“

Unter Berufung darauf, daß sich in der Bundesrepublik die Gegner der Gewerkschaften formieren, setzte sich Gefeller eingehend mit den Feinden der Mitbestimmung auseinander. Es sei nicht unbekannt, daß vor ein paar Monaten ein Ausschuß aus Vertretern verschiedenster Industriezweige, aus Versicherungen und aus Banken gegründet worden sei, dessen einzige Aufgabe darin bestünde, die Ausweitung der Mitbestimmung zu verhindern.

Der DGB-Vorsitzende Ludwig Rosenberg bezeichnete die Mitbestimmungspläne der IG Chemie als Teil eines Vorhabens, das die gesamte deutsche Gewerkschaftsbewegung angeht, und eines Ziels, das sich alle 16 Gewerkschaften im Deutschen Gewerkschaftsbund gestellt haben und das von ihnen gemeinsam und mit voller Energie und ganzer Kraft vertreten wird: das Ziel, die volle wirtschaftliche und soziale Mitbestimmung der Arbeitnehmer in allen Großbetrieben der deutschen Wirtschaft zu verwirklichen.

In seiner Begründung der Mitbestimmungsforderung hob Rosenberg hervor, man könne nicht gleichzeitig im

Am Thema „vorbeigetagt“

Zum Gewerkschaftstag der IG Textil - Bekleidung Diese Zeit erfordert Einheit statt Alleingänge

Einen recht merkwürdigen Gewerkschaftstag veranstaltete die IG Textil - Bekleidung Mitte Oktober in Stuttgart. Obgleich der Kongreß unter dem Motto „Freiheit — Frieden — Fortschritt“ stand, wurde zu dieser Thematik kaum etwas gesagt. Auch gab es dazu keine Beschlüsse, wenn man von den Forderungen absieht, einen Sozialplan für die Baumwollindustrie auszuarbeiten und die Arbeitszeit für Nachschichten wesentlich zu verkürzen. Unter den 40 Anträgen, die dem Gewerkschaftstag vorlagen, gab es keinen, der zu den aktuellen Fragen der allgemeinen Politik Stellung bezog.

Das ist um so erstaunlicher, als dieser Gewerkschaftstag nur wenige Wochen nach der Bundestagswahl stattfand, fast gleichzeitig mit den Kongressen der IG Druck und Papier, der Deutschen Postgewerkschaft und der Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands, die alle bemüht waren, den Arbeitnehmern eine allgemeine gesellschafts- und tagesspolitische Orientierung für die weiteren Schritte unter den Bedingungen einer abermaligen CDU/CSU-Herrschaft zu geben. Noch kurz vor den Wahlen hatte das der Gewerkschaftstag der IG Metall in eindrucksvoller Weise ebenfalls gelan.

In Stuttgart jedoch, auf dem 9. Gewerkschaftstag der IG Textil-Bekleidung, tat man so, als gingen die antidemokratischen Notstandsgesetze, das Bonner Streben nach atomarer Mitsprache, das Sträuben gegen Abstülpungs- und Entspannungsinitiativen, der Sturmlauf der Unternehmerschaft gegen gewerkschaftliche Mitbestimmung, die Gleichgültigkeit von Regierung und Unternehmern gegenüber den Problemen der Automation, — als gingen alle diese Fragen aktueller Gewerkschaftspolitik die Funktionäre der Gewerkschaft Textil-Bekleidung nichts an.

Auf die nach dem Ausgang dieser Bundestagswahl vorrangige Frage, wie die Gewerkschaften sich die Sicherung von „Freiheit, Frieden, Fortschritt“ vorstellen und was sie selbst in dieser

politischen Bereich ein freier Bürger und im wirtschaftlichen Bereich ein Untertan sein. Wenn es wahr sei, daß die Wirtschaft unser Schicksal ist, dann sei es notwendig, daß alle über dieses Schicksal mitbestimmen. Mitbestimmung heiße nicht allein bestimmen. Wohl aber bedeute die Mitbestimmung das Ende des Herr-im-Hause-Standpunktes der Unternehmer.

Rosenberg versicherte abschließend, der DGB werde die Frage der Mitbestimmung immer wieder aufwerfen: „Wir werden sie dem neuen Bundestag präsentieren. Wir werden nicht ruhen, bis sie beantwortet ist. Sie ist nicht nur ein Teil unseres Grundsatzprogrammes und wesentlichster Punkt unseres Aktionsprogrammes geworden, nur um deklamiert zu werden. Wir wollen und wir werden diesen Programm Punkt verwirklichen.“ G. B.

Richtung zu tun gedenken, gab der Stuttgarter Kongreß keine Antwort.

In einem Zeitpunkt, da die Unternehmerverbände erklären, daß nunmehr für die Gewerkschaften die „Schonzeit“ zu Ende sei, brachte es der wieder gewählte Gewerkschaftsvorsitzende Buschmann fertig, Bestrebungen nach einer Partnerschaft mit den Unternehmen in den Mittelpunkt seines Referates zu stellen. Buschmann hatte dafür einen genauen Plan bereit:

Er schlug den Unternehmen ein Abkommen über die „ gegenseitige tatsächliche Anerkennung“ vor, das u. a. regelmäßige Konsultationen zur Untersuchung der gesamtwirtschaftlichen und der Branchenlage, die Verwendung gleichartigen statistischen Materials, ein gemeinsames Auftreten gegenüber staatlichen Stellen, gemeinsame Untersuchungen von Möglichkeiten zur optimalen Ausnutzung der Produktionskapazität und freiwillige Schlichtungsvereinbarungen zum Inhalt haben soll. In einem solchen Abkommen sollen aber auch Maßnahmen zur Förderung einer modernen Berufsausbildung einschließlich jeweils erforderlicher Umschulungsmaßnahmen und die Bildung eines paritätisch besetzten Rationalisierungsgremiums festgelegt werden.

Bei diesem Plan Buschmanns handelt es sich offensichtlich um eine geschickte Verbindung teils populärer (was die Abwendung nachteiliger Rationalisierungsfolgen betrifft), teils unpopulärer oder gar illusorischer Forderungen. Ein derartiges Abkommen gegenseitiger Anerkennung ist jedoch ebenso ungeeignet, die Unternehmer der Textil- und Bekleidungsindustrie „einsichtiger“ zu machen, wie alle anderen Versuche der Gewerkschaft, ihren 1963 verkündeten „neuen Stil“ der Sachlichkeit und partnerschaftlichen Zusammenarbeit zu praktizieren.

Man muß es in diesem Zusammenhang aussprechen, daß offenbar diese Politik von den Unternehmern als gewerkschaftliche Schwäche ausgelegt wurde; denn es ist kein Zufall, wenn in den letzten zwei Jahren gerade die Beschäftigten der Textil- und Bekleidungsindustrie oft monatelang um den Abschluß neuer Tarifverträge ringen mußten —, nicht selten mit den Mitteln des Streiks. Und schließlich sind es ausgerechnet die Unternehmer dieser Branche, die in Westfalen in den Auseinandersetzungen um die Besserstellung der Organisierten die Gerichte gegen die Gewerkschaften in Gang setzten.

Die Beschäftigten in der Textil- und Bekleidungsindustrie haben — und an manchen Orten mehr noch als andere Gewerkschafter — die Erfahrung gemacht, daß beim Geld alle „Freundschaft“ aufhört. Natürlich reagiert nicht gleich jeder Unternehmer so wie der Bekleidungskönig Alfons Müller-Wipperfürth, der 1962 Lohnforderungen einer Betriebsbelegschaft im Wuppertaler Raum mit der Schließung des Werks beantwortete; andere „Partner“ sind erst durch massiven gewerkschaftlichen Druck zur „Zusammenarbeit“ zu bewegen oder sie flüchten einfach in die Gerichtssäle.

Die Textil- und Bekleidungsarbeiter haben es nicht leicht. In diesem Industriezweig macht die Automation besonders schnelle Fortschritte. Über 100 000 Textilarbeiter verloren seit 1958 ihren Arbeitsplatz. Die Tariflöhne rangieren im letzten Drittel der in der Bundesrepublik vereinbarten Löhne. Mehr als die Hälfte der 322 000 Gewerkschaftsmitglieder sind Frauen; in der Bekleidung beträgt ihr Anteil sogar 76 Prozent. Das harmoniert nicht mit der Tatsache, daß auf dem Kongreß von 212 ordentlichen Delegierten nur 36 Frauen waren. Im geschäftsführenden Hauptvorstand der Gewerkschaft ist auch jetzt wieder keine Frau vertreten.

Nach diesem 9. Gewerkschaftstag der IG Textil-Bekleidung muß man ihre maßgeblichen Funktionäre fragen, ob nicht manche Schwierigkeit bei der Interessenwahrnehmung der Mitglieder in dem „neuen Stil“ der Gewerkschaft zu suchen ist. Es wäre nicht allein nur

Besser informiert
durch

NACHRICHTEN

Unser GS-Mitarbeiter hat auf dem WGB-Kongreß mit dem österreichischen Gewerkschaftsfunktionär Otto Horn gesprochen. Horn ist Präsident des OGB und Vorsitzender der (linken) Fraktion der Gewerkschaftlichen Einheit im Österreichischen Gewerkschaftsbund, der dem IBFG angehört. Das Interview veröffentlichten wir in der Dezember-Nummer.

für die Beschäftigten in der Textil- und Bekleidungsindustrie, sondern für alle Arbeitnehmer, und vor allem für die Gewerkschafter, von Nutzen, wenn auch diese Gewerkschaft zusammen mit den übrigen DGB-Gewerkschaften für die gemeinsame soziale, wirtschaftliche und politische Interessenvertretung der Arbeiter und Angestellten intensiver wirken würde. Nachdem sich die soziale und politische Reaktion in der Bundesrepublik, ermutigt durch das Wahlergebnis vom 19. September, kompromißloser als zuvor gegen die Gewerkschaften zu formieren beginnt, ist diese Einheit der Arbeitnehmer nötiger denn je.

K. Kilian

Neue Strömungen im WGB

Mehr regionale Arbeit und Betonung der Gemeinsamkeit

Beobachtungen auf dem Warschauer WGB-Kongress

Die polnische Hauptstadt Warschau war im Oktober zwei Wochen lang Schauspiel eines gewerkschaftspolitischen Ereignisses von internationalem Rang: vom 8. bis 22. Oktober tagte dort der Weltgewerkschaftsbund (WGB), das „Gegenstück“ zum Internationalen Bund Freier Gewerkschaften (IBFG), der bereits im Juli dieses Jahres seinen VIII. Weltkongress in Amsterdam abgehalten hat. Wie der IBFG-Kongress, über dessen Verlauf wir im August-Heft der NACHRICHTEN schrieben, entwickelte auch der VI. WGB-Kongress neue Aspekte, die für die Gewerkschaftsbewegung im allgemeinen und für die deutsche und westeuropäische im besonderen eine kritische Würdigung verdienen.

Zur Kennzeichnung des Weltgewerkschaftsbundes mögen einige Hinweise genügen: Von den 205 Millionen organisierten Gewerkschaftern, die es zur Zeit auf der Welt gibt, bekannten sich 138 Millionen zum WGB; die übrigen gehören entweder zum IBFG oder zur christlichen Zentrale oder aber zu Gewerkschaftsorganisationen, die keinem dieser drei Zentren angegeschlossen sind. Die große Masse der WGB-Mitglieder rekrutiert sich aus den Gewerkschaften der sozialistischen Länder. Aber auch aus westlichen Ländern gehören starke Gewerkschaften dem WGB an, wie z. B. CGT und CGIL in Frankreich bzw. Italien, die in ihren Ländern jeweils die stärksten Organisationen sind. Andererseits ist wieder eine Anzahl von Gewerkschaften über die internationalen Fachvereinigungen sowohl dem IBFG als auch dem WGB angeschlossen. Während der Deutsche Gewerkschaftsbund der Bundesrepublik zum IBFG gehört, ist der FDGB in der DDR Mitglied des WGB. Der WGB wurde 1945 als einheitliches Zentrum der Weltgewerkschaftsbewegung gegründet. Als der kalte Krieg 1949 einen ersten Höhepunkt zutrieb, trennten sich eine Anzahl Gewerkschaftsbünde vom WGB und gründeten den IBFG. (Siehe auch: „Der WGB über sich selbst.“)

Das bemerkenswerteste Ergebnis des Warschauer WGB-Kongresses ist ohne Zweifel die starke Betonung des Willens zur weltweiten Zusammenarbeit mit allen anderen zentralen, regionalen und nationalen Gewerkschaftsbünden. Diese Absicht wurde nicht nur in Reden und Beschlüssen betont, sondern auch durch organisatorische Reformbestrebungen bestätigt. Im kommenden Jahr soll z. B. das revisierte Statut beschlossen werden, das eine stärkere regionale Arbeit des WGB ermöglicht.

In seiner Schlußrede betonte der wiedergewählte Generalsekretär, der Franzose Saillant, daß der Prozeß der Annäherung der Gewerkschaften unterschiedlicher politischer Richtungen vom WGB auf jede erdenkliche Weise gefördert und beschleunigt werden müsse. Die tatsächlichen gewerkschaftlichen Probleme müßten in der praktischen Arbeit vorrangig behandelt werden. Mit einem deutlichen Seiten-

hieb auf die ultrarevolutionären Thesen der chinesischen Delegierten und ihrer schrumpfenden Anhängerschaft sagte Saillant: „Wir sind eine Gewerkschaftsorganisation, keine Partei und keine Organisation von Freischärlern und Partisanen!“

Ausführlich schilderte Saillant das positive Echo in den Gewerkschaften der Bundesrepublik und im DGB-Bundesvorstand auf das Ergebnis der Gespräche des ÖTV-Vorsitzenden Klunker mit tschechoslowakischen, polnischen und sowjetischen Gewerkschaftsführern. Die Absicht des DGB und seiner Mitgliedsgewerkschaften, künftig mehr sogenannte Ostkontakte zu den Gewerkschaften in sozialistischen Ländern zu pflegen, nannte Saillant ein gutes Beispiel für die notwendige Annäherung und Zusammenarbeit der Gewerkschaften in aller Welt.

Auch in den Reden der italienischen, französischen, ostdeutschen, polnischen, sowjetischen, tschechoslowakischen Delegationssprecher sowie in dem Diskussionsbeitrag des als Beobachter anwesenden Bundesvorstandsmitglieds des Österreichischen Gewerkschaftsbundes, Otto Horn, wurde der Gesichtspunkt der Zusammenarbeit, insbesondere mit den Organisationen des IBFG, hervorgehoben. In diesem Zusammenhang verdient die wiederholte Forderung nach stärkerer Regionalarbeit des WGB und nach mehr Ermessensfreiheit der ihm angeschlossenen nationalen Zentralen viel Beachtung.

Diese Entwicklung fand bereits in einem „Appell an alle Arbeiter und Gewerkschafter der Welt“ ihren Niederschlag, nämlich in den Worten: „Es ist eine Angelegenheit der Werkstätten und ihrer Gewerkschaftsorganisationen, unter Berücksichtigung ihrer spezifischen lokalen, nationalen und regionalen Besonderheiten die beste Form für die einheitliche Aktion zu suchen und zu finden.“

Es scheint sich nunmehr im Weltgewerkschaftsbund die Erkenntnis durchzusetzen, daß sich die gewerkschaftlichen Probleme und die Gewerkschaftsarbeit, beispielsweise in den hochentwickelten kapitalistischen Industrieländern, in den sozialistischen Staaten und in den Entwicklungsländern

dern keineswegs einheitlich darstellen und daß darum zentrale Patentlösungen nicht immer brauchbar sind. In diese Richtung zielt auch die vor allem von den Italienern, Österreichern und Polen vorgetragene Kritik am Aktionsprogramm des V. WGB-Kongresses und an den „Thesen“, die dem Kongreß vom Generalrat unterbreitet wurden. Obgleich diese Leitsätze für die Arbeit des WGB mehrheitlich bestätigt wurden, wird für die Zukunft gelten, was der polnische Gewerkschaftsvorsitzende Loga-Sowinski so ausdrückte:

„Die Linie einer solchen Organisation wie des WGB muß elastisch sein. Die Anwendung steifer, wenn auch richtiger Grundsätze kann manchmal nicht dem Leben entsprechen, also in einer anderen Situation, unter den Bedingungen des in Frage kommenden Landes oder der Region ungeeignet sein.“

Das sozial- und gesellschaftspolitische Interesse der auf dem Kongreß vertretenen europäischen Gewerkschaftsorganisationen konzentrierte sich naturgemäß auf den Versuch einer Analyse der Entwicklung in den industrialisierten kapitalistischen Ländern, und hier vor allem im EWG-Raum. Allgemein wurde die Forderung vorgetragen, der Weltgewerkschaftsbund möge sich künftig mehr mit dem wirtschaftlichen und politischen Konzentrationsprozeß in Westeuropa, mit der Automation und ihren Auswirkungen auf die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Arbeitnehmer sowie mit den speziellen Bedingungen des gewerkschaftlichen Kampfes in diesen Ländern befassen. Das sei eine entscheidende Voraussetzung für die Zusammenführung der gewerkschaftlichen Kräfte in den sechs Ländern der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft zur Verteidigung

Der WGB über sich selbst

Aus dem Bericht der Mandatsprüfungskommission sind folgende Angaben von Interesse:

Auf dem Kongreß waren 527 Delegierte, Beobachter und Gäste anwesend, die 159 114 000 gewerkschaftlich organisierte Arbeitnehmer repräsentierten. 137 938 000 gehörten über 48 nationale Gewerkschaftszentralen zum WGB, das waren 18 431 700 mehr als auf dem V. Kongreß.

39 nationale Gewerkschaftszentralen mit 20 379 000 Mitgliedern, die nicht dem WGB angehören, haben Beobachter entsandt. Darunter der japanische Gewerkschaftsbund SOHYO, die Vereinigte Gewerkschaftszentrale Chiles, die Nationale Union der Arbeiter Kolumbiens, die Gewerkschafts-Föderation des Moslems aus Indonesien, der Allafrikanische Gewerkschaftsbund, die Arbeiter-Vereinigung der Vereinigten Arabischen Republik, der Jugoslawische Gewerkschaftsbund und die britische Bergarbeiter-Gewerkschaft.

Gewerkschaften zwischen Ökonomie und Politik

Von Prof. Dr. Lutz Maier

Dem aufmerksamen Beobachter der Entwicklung in der Bundesrepublik wird es sicher nicht entgangen sein, daß seit geraumer Zeit die wirtschaftlichen und sozialen Auseinandersetzungen immer ausgeprägter zu einer politischen Zuspitzung tendieren und von der Unternehmersseite wie von der Regierung mit vorwiegend politischen Argumenten geführt werden. Der Bundeskanzler benutzte seine Wahlreden zu heftigen Vorwürfen gegen die Gewerkschaften, denen er politische Verantwortungslosigkeit, unzulässigen Druck auf das Parlament und gar Verletzung des Grundgesetzes vorwarf. Bereits die Forderungen nach höherem Lohn, kürzerer Arbeitszeit, Verlängerung des Urlaubs und das Verlangen nach sozialer Sicherheit und vor allem das Auftreten gegen die Notslandgesetze werden in dieser Richtung kommentiert. Noch schlimmer reagiert man nun auf die Aktionen der Gewerkschaften für die Ausdehnung der Mitbestimmung.

Unternehmerorganisationen und die großbürgerliche Presse entfesseln eine Diffamierungskampagne mit Argumenten und Kraftausdrücken, wie man sie früher nur gewohnt war, wenn es sich um Vorgänge im östlichen Teil Deutschlands und um die dort verfolgte Politik handelte. Die Mitbestimmung sei, so schrieb „Die Welt“, eine „Kampfansage der Gewerkschaften an die bestehende wirtschaftliche und soziale Ordnung, ja sogar auch an unsere politische Ordnung“. „Untergräbung der marktwirtschaftlichen Ordnung“, „vollständige Unterwerfung der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik unter gewerkschaftlichen Einfluß“, „Herausforderung an das freie Unternehmertum“ — solche und ähnliche Formulierungen findet man fast täglich, und der „Industriekurier“ verlangt sogar, daß der Bundeskanzler seine Drohungen gegenüber den Gewerkschaftsführern jetzt „in die Tat umsetze“.

An diesen konkreten Erscheinungen treten uns jene neuartigen Beziehungen zwischen Ökonomie und Politik entgegen, die für die heutige Entwicklung der kapitalistischen Ordnung in der Bundesrepublik charakteristisch sind und die folglich auch die Stellung und den Kampf der Gewerkschaften immer stärker beeinflussen.

Das „Primat der Politik“

Das Verhältnis von Ökonomie und Politik ist zweifellos ein Kernproblem der gesellschaftlichen Entwicklung und der dabei auftretenden sozialen Konflikte. Wenn früher, d. h. im Kapitalismus der freien Konkurrenz, die geistigen Vertreter des Bürgertums für eine mehr oder weniger scharfe Trennung des wirtschaftlichen und politischen Bereichs eintraten und sich für die Vorrangigkeit der wirtschaftlichen Interessen aussprachen, so haben wir heute eine andere Situation. Auf Schritt und Tritt stößt man auf die offen verkündete Forderung nach dem „Primat der Politik über die Wirtschaft“, das, wie es heißt, als allgemeines gesellschaftliches Prinzip anerkannt werden müsse.

Als der Finanzmagnat Abs im November vergangenen Jahres in einem Fernsehinterview aufgefordert wurde, seine Auffassung über das Verhältnis von Politik und Wirtschaft zu definieren, erklärte er: „... ich glaube, daß die Politik eigentlich das Prinzip haben soll.“ Die Zeitschrift „Wehrkunde“ veröffentlichte bereits vor Jahren einen Grundsatzartikel mit der Überschrift „Die wehrpolitische Aufgabe der Wirtschaft“, in dem es hieß: „Es muß immer wieder hervorgehoben werden, daß das Überbetonen oder die bewußte Werlüberhöhung wirtschaftlicher ... Vorstellungen in der politischen Situation der Gegenwart zu einer Gefahr für die Selbstbehauptung des Staates führen muß ... Das Prinzip des Politischen bestimmt die Rangordnung der Werte, also auch die Einordnung der Wirtschaft als einem dienenden Faktor.“

Verschiedene Varianten

Der bekannte Philosoph und Gesellschaftstheoretiker Carl Jaspers widmete dieser Frage seine 1962 vor der internationalen Bankwelt auf dem schweizerischen Jubiläumsbankier-

tag gehaltene Rede und forderte, im Interesse der „Verteidigung der westlichen Freiheit“ gegen die „Einflüsse aus dem Osten“ die „Wiederherstellung des Primats der Politik über die Wirtschaft“. Im April dieses Jahres veröffentlichte der „Industriekurier“ einen Beitrag mit der Überschrift „Politik und Wohlstand“, in dem von einer neuen Etappe der Nachkriegsentwicklung gesprochen wird, die es notwendig mache, das „Wohlstandsdenken“ den Interessen der politischen Festigung der Ordnung als Ganzes zu unterwerfen.

Das Problem wird also in den verschiedensten Zusammenhängen aufgeworfen: vom Standpunkt der Abwehr sozialistischer Einflüsse aus dem Osten, vom Gesichtspunkt militärischer Interessen, der Beschränkung einer weiteren Erhöhung des Lebensstandards, einer allgemeinen politisch orientierten Lenkung aller wirtschaftlichen Kräfte usw.

Es hieße an der Oberfläche schürfen, wollte man einen solchen Wandel in der Haltung zum Verhältnis von Wirtschaft und Politik lediglich aus subjektiven Meinungen und Motiven einzelner Persönlichkeiten erklären.

Sorge um das System

Die Ursachen liegen offensichtlich tiefer und sind in der inneren und äußeren Gesamtsituation zu suchen, in der sich das kapitalistische System der Bundesrepublik heute befindet. Man kann es auf einen einfachen Nenner bringen: War früher für die Unternehmer die wirtschaftliche Lage ein mehr quantitatives Problem hoher oder niedriger Profite, das höchstens den einzelnen, aber kaum das System gefährdet, so ist die Lage heute prinzipiell anders. Die ökonomische Sorge um höchstmöglichen Profit ist in der Gegenwart mit der umfassenderen politischen Sorge um die Erhaltung des kapitalistischen Profitsystems überhaupt und seinen Einfluß in der Welt verbunden. Hinzu kommt die direkte Abhängigkeit militärischer Stärke von der Leistungsfähigkeit der Wirtschaft, was auf einem bestimmten Niveau der Rüstung mit innerer Logik dazu treibt, das gesamte wirtschaftliche Geschehen der „wehrpolitischen Aufgabe“ zu unterordnen.

Daß die oben zitierten Äußerungen keine Eintagsfliegen darstellen und die daraus abgeleiteten Gedanken berechtigt sind, wurde endgültig klar, als Erhard mit seiner Idee der „Formierten Gesellschaft“ an die Öffentlichkeit trat. Was uns dort noch als Einzelstandpunkt und recht allgemein formuliertes Prinzip entgegentritt, ist hier bereits eine hochoffizielle, wohldurchdachte und systemisierte gesellschaftspolitische Konzeption, deren Tragweite niemand unterschätzen sollte.

Man braucht nur einige der in den bekannten zwölf Thesen formulierten Grundsätze des „Formierungsprozesses“ genauer zu durchdenken, um den Zusammenhang mit dem hier behandelten Problem zu erkennen. Die immer wieder auftauchenden Begriffe vom „Gesamtinteresse“, „Gesamtbewußtsein“, von der „Gesellschaft als Gesamtbetrieb“, ihre faktische Gleichsetzung mit den Interessen jener monopoliistischen Machtgruppen, die heute das Gesicht des bundesrepublikanischen Gesellschaftssystems bestimmen; und die Forderung, dem die Belange aller übrigen sozialen Gruppen zu unterordnen, ist doch nichts anderes als das oben dargestellte Prinzip des „Primats der Politik“.

Drohung mit der „eisernen Faust“

Die gewerkschaftsfreundliche Grundtendenz springt hier eindeutig ins Auge. Entweder freiwillig einordnen oder sich außerhalb des Formierungsprozesses und damit auf eine gesellschafts- und staatsfeindliche Position stellen — diese Alternative bietet man den Gewerkschaften und anderen Organisationen in der Vertretung ihrer „Gruppeninteressen“.

„Wenn sich“, so schrieb das „Handelsblatt“ am 1./2. Oktober 1965 zu diesem Thema, „die Gruppen und Verbände nicht freiwillig auf ein solches Unterfangen einigen, dann muß man damit rechnen, daß der Staat eines Tages mit eiserner

Faust durchgreift". Die sich hier aufdrängende Parallele zu den Notstandsgesetzen braucht sicher nicht besonders hervorgehoben zu werden.

Ob man es also „gesellschaftlichen Formierungsprozeß“ oder Durchsetzung eines „Prinzip der Politik“ nennt, ist unerheblich. Es geht den Trägern dieser Idee nunmehr, nachdem die Periode der Wiederherstellung und Konsolidierung der alten Besitz- und Machtverhältnisse gewissermaßen abgeschlossen ist, um eine Neuorientierung auf zwei wesentliche Ziele:

Erstens sollen jene sozialen Widersprüche und Konflikte, die mit dieser Entwicklung zwangsläufig erneut reproduziert wurden, so weit gebändigt und reguliert werden, daß sie das bestehende Herrschaftsgefüge nicht gefährden.

Zweitens geht es darum, durch eine straffere Organisierung der ökonomischen, politischen und militärischen Kräfte den angestrebten äußeren Effekt zu erreichen, der auf die Erlangung einer neuen Stellung in der internationalen Politik, auf eine größere Anziehungskraft gegenüber den Entwicklungsländern und nicht zuletzt auf die Überwindung des Status quo nach Osten abzielt.

Diesen weitgesteckten Zielen dient das Erhard'sche Programm zur Bündelung aller gesellschaftlichen Kräfte, zur Umwandlung der „Pluralistischen Wohlschaftsgesellschaft“ in eine „Formierte Leistungsgesellschaft“. Es ist der Ruf nach größtmöglicher mit staatlicher Gewalt erzwungener Organisiertheit der Wirtschaft und ihrer Konzentration auf die in Bonn verfolgten politischen Ziele.

Die Grundlage für eine solche Entwicklung bildet maßgeblich die heute in der Bundesrepublik gegebene enge Verflechtung des Staates mit der Wirtschaft oder besser gesagt mit ihren Zentren, den großen Konzernen. Diese äußert sich nicht nur in personellen Beziehungen, sondern vor allem im Ausmaß der staatlichen Umverteilung des Sozialprodukts, im direkten und indirekten Einfluß des Staates auf die Investitionen und Preise, in der Rolle des Staates als Bankier und industrieller Unternehmer usw., was in vorangegangenen Nummern der NACHRICHTEN bereits dargestellt wurde. Die kapitalistische Gesellschaftsstruktur der Bundesrepublik von heute trägt einen staatsmonopolistischen Charakter, und allein die dadurch gegebenen engen Beziehungen von Wirtschaft und Staat erzeugen gesetzmäßig ein neues Verhältnis von Ökonomie und Politik, das immer stärker alle gesellschaftlichen Entwicklungsprozesse durchdringt.

Gewerkschaftstag IG Druck und Papier mit starkem politischen Akzent

Der Gewerkschaftstag der IG Druck und Papier hat neben dem der IG Metall von den in den letzten Wochen stattgefundenen Gewerkschaftstagen das stärkste Interesse der Öffentlichkeit gefunden. Das lag gewiß nicht allein daran, daß die IG Druck und Papier unter den 16 DGB-Gewerkschaften das weitauß beste Organisationsverhältnis aufweisen kann, sondern vielmehr daran, daß der Gewerkschaftstag — einer alten Tradition gemäß — einen starken politischen Akzent hatte. Aus diesem Grunde folgen dem ausführlichen Bericht in der letzten Nummer der NACHRICHTEN zwei weitere Artikel. Der eine beschäftigt sich mit dem speziellen Problem der gewerkschaftlichen Zusammenarbeit im Bereich der EWG und der andere vornehmlich mit einer politischen Betrachtung des Gewerkschaftstages.

Eine kritische Kongreß-Nachlese

Den größten Beifall erhielt Egon Lutz, der scheidende Redakteur, wenn nur der Name erwähnt wurde. Er hatte sein Amt niedergelegt, wie jeder wußte, aus persönlich-politischen Motiven. Aber darüber wurde nicht gesprochen. Mit ihm scheidet einer der letzten und auch der jüngsten Redakteure des DGB aus, die wegen ihrer politischen Haltung vom Parteivorstand der SPD mißtrauisch betrachtet und intern angegriffen worden sind. Der Rücktritt des

Redakteurs, das Schweigen über die Ursachen und Gründe, die Sympathie der Delegierten für ihn ohne die Aufforderung, seine Entscheidung zu revidieren, sind Symptome für die Situation in der IG „Druck und Papier“ und möglicherweise auch in anderen Industriegewerkschaften.

Bei den 250 Delegierten des Gewerkschaftstages waren natürlich auch die Nur-Gewerkschafter, die von den „Realtäten“ ausgehend, brav ihre vielen

Zusammenhang von Lohn und Politik

Ob man es bewußt anstrebt oder nicht, die Logik der Dinge ist derart, daß soziale Auseinandersetzungen um unmittelbar wirtschaftliche Fragen wie Lohn, Arbeitszeit, Sicherung des Arbeitsplatzes usw. zwangsläufig gesamtwirtschaftliche Probleme berühren und damit auf die Frage der Verteilung des Sozialprodukts, die konkrete Struktur des Staatshaushalts, die Wirtschaftspolitik sowie die politische Gesamtkonzeption der Regierung stoßen.

Es ist grotesk und geistlos, wenn man den Gewerkschaften vorwirft, sie würden sich unzulässigerweise in die Politik einmischen. Gerade umgekehrt ist es! Die objektive Lage und nicht zuletzt die Haltung der Unternehmer und der Regierung selbst zwingen die Gewerkschaften zum politischen Denken und Handeln bei der Durchsetzung ihrer Interessen. Als Beispiel sei an den Metallarbeiterstreik 1963 in Baden-Württemberg erinnert, der mit der Forderung nach 8prozentiger Lohnerhöhung begann und sich zu einem politischen Machtkampf entwickelte.

In einem Interview mit der „Süddeutschen Zeitung“ gab damals der Presseschef der IG Metall, Dr. Werner Thönnissen, eine treffende Einschätzung der Zusammenhänge: „Ich glaube, daß die Arbeitgeber die Auseinandersetzung von Anfang an als einen politischen Kampf zur Verbesserung ihrer Machtpositionen angelegt haben. Dies gilt nicht für die IG Metall. Im Laufe der Tarifbewegung aber wurde sich dann auch unsere Gewerkschaft der Politisierung der Auseinandersetzung bewußt.“

Die Lage nach den Bundestagswahlen und die von den großen Konzernen und ihren Repräsentanten in der Regierung vorgelegte Konzeption der „Formierten Gesellschaft“ wird zweifellos solche Tendenzen noch mehr verstärken. Betriebliche Belange der Arbeitnehmer verbinden sich immer unmittelbar mit ihrer Stellung in der Gesamtwirtschaft und -gesellschaft. Von der Forderung nach sozialer Sicherheit führt eine direkte Verbindungsleitung zur Sorge um das weitere Schicksal der Demokratie.

So gesehen kristallisieren sich in der jetzt begonnenen Auseinandersetzung um die Mitbestimmung die neuen Wechselbeziehungen von Ökonomie und Politik. Mit vollem Recht stellen sich die Gewerkschaften bewußt darauf ein, weil sie nur so ihrer ureigensten Aufgabe auch in Zukunft gerecht werden können.

sozialen Forderungen und Aufgaben ordentlich absolvieren wollen. Sie waren in der Minderheit.

Die große Mehrzahl der Delegierten spürten, was Otto Brenner vor den Wahlen so ausgedrückt hatte: Die Gewerkschaften haben zur Zeit keine politische Vertretung in der Bundesrepublik. Da die notwendigerweise enge Beziehung von politischer Vertretung und gewerkschaftlicher Aktivität anerkannt wird, auch vom alten und nun etwas verjüngten neuen Vorstand, ergeben sich aber bei dieser Mehrheit zwei Flügel: der radikalere linke Flügel möchte die Gewerkschaft zu einer selbständigen politischen Aktivität drängen. Der „besonnene“ rechte Flügel lehnt sich weiterhin hoffnungsvoll, wenn auch skeptisch, an die SPD an.

Die linken Landesverbände und Delegierten bilden eine Opposition, die allerdings scheut, die Verantwortung für die Politisierung zu übernehmen. Die Opposition ist weder organisiert noch entschlossen, sich durchzusetzen. Sie hat weder Führung noch Repräsentan-

lanten. Daher hat sie ihren Kampf gegen den bisherigen Kurs nicht politisch geführt, sondern die Debatte um die Tarifpolitik zum Inhalt ihres Kampfes gegen den Vorstand gemacht. In der günstigen Situation, dies tun zu können, befand sie sich nur dadurch, daß der unbefriedigende Lohntarifkurst vor dem Gewerkschaftstag abgeschlossen wurde.

Nachdem Egon Lutz ausgeschieden war und Pleithner, Landesvorsitzender in Baden-Württemberg, der vor drei Jahren dem Druck der SPD gewichen war und abgelebt hatte, gegen Bruns zu kandidieren, sich wieder als Zauderer gezeigt hatte, reichte die „Sensation“ der Gegenkandidatur nicht zum Siege aus. Bei sieben Enthaltungen und einer ungültigen Stimme erhielt Pleithner 101 Stimmen gegenüber 138, die Hein Bruns von dem SPD-zuneigenden Flügel und den nurgewerkschaftlichen Delegierten erhielt. Es ist falsch, zu glauben, daß diese allein unter den 27 Prozent der Gewerkschaftsangestellten zu suchen seien. Gerade auch von besoldeten Vertretern der IG kam sehr scharfe und entschiedene, auch gesellschaftspolitisch begründete Opposition gegen die bisherige Tätigkeit des Hauptvorstandes.

Eine gewisse Schwierigkeit für die Linken mag auch darin bestehen, daß der Vorstand, gegen den sie opponieren, keineswegs ausgesprochen rechts ist. Die vom „Industrie-Kurier“ zum Kongreß aufgeworfene Frage: Geht „Du“ auf Leber-Kurs? wurde allgemein und eindeutig von Anfang an verneint. Hein Bruns fand besonnene Worte für die Fortsetzung der bisherigen Linie. Er scheute sich auch nicht, in der offiziellen Eröffnungsfeier bei Anwesenheit der ausländischen Delegierten, der Vertreter Berlins (Brandt, Bach, Lemmer) und der Regierung zu sagen, daß man neben dem heißen Herzen auch den kühlen Verstand zu Worte kommen lassen müsse, der zugeben habe, daß die Mauer auch eine Folge verfehlter westlicher Politik sei. Gedrängt vom Kongreß, sagte er dann in dem Schlußwort zum Geschäftsbericht, daß seine Aufforderung an die Bundesregierung, Konzeptionen zur Wiedervereinigung zu entwickeln und selbständige Schritte zu tun, nicht nur an diese Adresse gerichtet bleiben könne, wenn dort nichts geschehe.

Das Ergebnis der Bundestagswahl lastete zudem auf dem Kongreß und damit auch auf der Opposition im Kongreß. Die Forderung zu entschlossenen, selbständigen Schritten war rhetorisch um so stärker, als man sich der Tatsache bewußt war, daß der Wahlausgang die zukünftige gewerkschaftliche Arbeit nicht leichter machen wird. Viele Delegierte und Gäste beklagten den Unverständ des bundesdeutschen Wählers, ohne die Ursachen zu untersuchen. In einigen Diskussionsreden wurde auf diesen Mangel an Selbstkritik hingewiesen. Ein junger bayrischer Delegierter meinte in

diesem Zusammenhang, wir müßten einmal erkennen, woran es liege, daß die Menschen im Sportverein von „wir“ reden, in der Gewerkschaft aber von „denen“ oder von „ihr“.

Damit ist eine Problematik ange deutet worden, die auf dem Gewerkschaftstag kaum getönt hat: die Beziehung von Vorstand zur Mitgliedschaft und die von Finanzvermögen zu Beiträgen. Die Lethargie der Massen der Gewerkschaftsmitglieder ist weitgehend auch darauf zurückzuführen, daß sie weder vor Alternativen gestellt noch befragt werden. Und schließlich alle Abschlüsse in ihrem Namen — aber ohne ihre Mitbestimmung — erledigt werden.

Die mangelnde Bereitschaft, mit steigenden Reallöhnen auch höhere Gewerkschaftsbeiträge zu zahlen, beruht auch darauf, daß die Mitglieder fragen, was denn mit ihren Geldern geschieht, wenn ängstlich jeder Kampf vermieden wird. Die Vorstände begreifen zu wenig, daß man Vertrauen und Geld investieren muß, wenn daraus erhöhte Kampfbereitschaft erwachsen soll. Sollten aber die Vorstände selbst diese erhöhte Kampfbereitschaft fürchten, dann können sie von der Mitgliedschaft zur Zeit nicht mehr erwarten, als daß sie ihrem Beispiel folgt und keine Initiative entwickelt. Damit aber wird auch die gewerkschaftliche und weltanschauliche Bildungsarbeit nicht angeregt, von der oft gesprochen wurde. Es ist auch falsch, so zu tun, als sei diese notwendige geistige Auffrischung nur möglich mit neuen Sekretären oder neuen Schulgebäuden.

Aus dem Referat „Die Automation in Wirtschaft und Gesellschaft“, das Kol-

lege Dr. Friedrichs (IG Metall) gehalten hat, wurde in den Organisations Debatten nur die Konsequenz gezogen: Wir brauchen höhere Beiträge, um die wissenschaftlichen Aufgaben in Zukunft bearbeiten und lösen zu können. Keiner zeigte auf, daß gerade höhere Beiträge verhindern, daß die zu gewinnenden Schichten der Hilfsarbeiterinnen und Hilfsarbeiter Mitglied werden. Weder die vorbereitende Kommission, noch die Delegierten des Gewerkschaftstags haben viel Phantasie bewiesen, als sie über die zukünftigen Beitragsstaffelungen sprachen, über die Beitragsehrlichkeit und die Zumutbarkeit, hohe Beiträge zu verlangen. In diesen organisatorischen Schranken hält sich das Bewußtsein der alten Gewerkschafter ganz konservativ.

In den kommenden drei Jahren wird eine konstruktive Opposition in der Gewerkschaft auch hierfür neue Vorschläge entwickeln müssen. Sie muß zu dem nicht nur Konzeptionen zur Diskussion anbieten, sondern auch die Personen heranbilden, die bewußt darauf ausgehen, sich im Apparat durchzusetzen und ihn unter ihren politischen Aspekten auch zu übernehmen. Sie wird schließlich nicht umhin können, auch die Finanzfrage in der Form aufzuwerfen, in der sie von vielen Mitgliedern gestellt wird; wie nämlich das Mitglied wirklichen Nutzen an den Gewinnen der gewerkschaftseigenen Unternehmen haben kann und wird, wie es entlastet wird durch diese Unternehmungen auch bei der Beitragszahlung — oder wie diese Unternehmungen machtpolitisch im Sinne der gesellschaftlichen Entwicklung sinnvoll eingesetzt werden können. T. M.

Zusammenarbeit vor Ideologie

Der 7. ordentliche Gewerkschaftstag der IG Druck und Papier, über den wir in Nr. 10/65 ausführlich berichteten, befaßte sich auch sehr intensiv mit den Problemen der gewerkschaftlichen Zusammenarbeit innerhalb der EWG über den Kreis der dem IBFG angeschlossenen Gewerkschaften hinaus. Da diese Frage erstmals in aller Deutlichkeit auf dem Gewerkschaftstag einer DGB-Gewerkschaft diskutiert wurde, halten wir es für angebracht, die Ergebnisse dieser Diskussion und der folgenden Beschlusshandlung in diesem Beitrag besonders ausführlich darzustellen.

Den Auftakt zu dieser Debatte gab Heinz Göke, der deutsche Sekretär der Internationalen Graphischen Föderation (IGF), der Drucker-Internationale, die dem IBFG angehört. In seiner Begrüßungsansprache an den Berliner Gewerkschaftstag berichtete er über den Beschuß des Exekutivkomitees der IGF, die französische Gewerkschaft FFTL, die über den CGT mit dem Weltgewerkschaftsbund verbunden ist, in die IGF aufzunehmen. Da dieser

Beschluß nicht auf satzungsgemäße Weise zustande gekommen sei, gebe es Meinungsverschiedenheiten über die Rechtmäßigkeit des Beschlusses. Tatsache sei aber schon, daß sich für die IGF aus diesem Beschuß große Schwierigkeiten ergeben hätten.

Heinrich Bruns, der Vorsitzende der IG Druck, informierte den Gewerkschaftstag darüber, daß eine Delegation seiner Gewerkschaft in Paris mit Vertretern der FFTL Verhandlungen geführt habe, um die Möglichkeiten der Zusammenarbeit zwischen beiden Organisationen, im Hinblick auf die EWG, zu prüfen. Dieses Gespräch sei kollegial geführt worden, trotzdem hätten die Vertreter der IG Druck in der IGF gegen die Aufnahme der FFTL stimmen müssen, da für sie die Beschlüsse des DGB und IBFG verbindlich seien.

In der nun einsetzenden lebhaften Diskussion sprach sich der überwiegende Teil der Diskussionsredner für eine Revision der einer sachlichen internationalen Zusammenarbeit im

Wege stehenden Ansichten und Beschlüsse aus.

Der 2. Landesbezirksvorsitzende von Rheinland-Pfalz, Karl Hamerschmidt, bezeichnete es als falsch, die FFTP als kommunistisch abzustempeln. Er wisse aus eigener Erfahrung, daß die Mehrheit der Funktionäre den gleichen sozialistischen Standort hätten wie die Mehrheit innerhalb der IG Druck und Papier.

Darüber hinaus müsse man der Realität Rechnung tragen, daß die FFTP 75 000 Mitglieder zähle und daher ohne eine Zusammenarbeit mit ihr auf tarifpolitischem Gebiet in der EWG keine ernsthaften Erfolge zu erringen sind.

Der Hamburger Landesvorsitzende Hans Dörhöfer widersprach diesen Ausführungen. Er warnte davor, Beziehungen zu einer Organisation zu unterhalten, die sich zum Weltgewerkschaftsbund bekenne. Dadurch würde man die eigene Ideologie für Geld verkaufen.

Der Münchener Michael Lazarus hob hervor, falls es keine gewerkschaftliche Zusammenarbeit zwischen den beiden größten Gewerkschaften innerhalb der EWG gibt, werde nur der Arbeitgeber davon nutzen. Zusammen-

arbeit bedeute keine Übernahme der ideologischen Vorstellungen des anderen, sondern einzig Wahrnehmung der berechtigten Interessen der Kollegen in beiden Ländern.

Der Betriebsratsvorsitzende Fritz Lamm aus Stuttgart brachte in einer temperamentvollen Rede sein Bedauern darüber zum Ausdruck, daß es bei der Behandlung dieses Themas ideologische Engstirnigkeit gäbe. Er betonte, man dürfe auch nicht an den politischen und sachlichen Realitäten in bezug auf die Stärke der Arbeiterbewegung in anderen Ländern vorbeisehen. Es gelte, diese Realitäten zu achten, und, wie Heinrich Bruns sage, nicht nur von der Bundesregierung Schritte zur Entspannung zu fordern, auch die Gewerkschaften sollten solche Schritte tun.

Der Gewerkschaftssekretär Dieter Blumenberg, Köln, kritisierte das Festhalten an einer gewerkschaftlichen „Hallstein-Doktrin“, obwohl man die Politiker der Bundesrepublik gerade wegen dieser Doktrin mit Recht kritisiere. Er forderte von den verantwortlichen Funktionären, Ideenreichtum zu entwickeln, um alle Chancen wahrzunehmen, im europäischen Raum

zu einer intensiveren gewerkschaftlichen Zusammenarbeit zu gelangen.

Auch Heinrich Bruns machte in seinem Schlußwort zur Diskussion auf den Willen des Hauptvorstandes aufmerksam, weiterhin mit der französischen FFTP im Kontakt und Gespräch zu bleiben, weil das aus Gründen des weiteren Fortschritts im EWG-Raum erforderlich sei.

Die Konsequenz dieser Diskussion sah dann so aus, daß der Gewerkschaftstag in einer Entschließung nur von satzungsgemäßen Überlegungen der Vertreter der IG Druck in der IGF, bei der Abstimmung in Fragen FFTP sprach, andererseits jedoch den Hauptvorstand beauftragte, „die erforderlichen Entscheidungen zu treffen“, die mit der Frage einer bilateralen Zusammenarbeit der Gewerkschaften im Hinblick auf die EWG zusammenhängen.

Es ist zu hoffen, daß die hier wiedergegebenen Auffassungen über die Notwendigkeit einer besseren europäischen gewerkschaftlichen Zusammenarbeit, auch in den anderen DGB-Gewerkschaften Unterstützung finden und dann in den Beratungen des kommenden DGB-Bundeskongresses zu entsprechenden Schlußfolgerungen führen.

Heinz Czymek

Beschlüsse des Gewerkschaftstages

Der 7. ordentliche Gewerkschaftstag der IG Druck und Papier hat zu aktuellen Zeitfragen klar Stellung bezogen, die sich in einer Anzahl von Beschlüssen niederschlug. Im folgenden geben wir daraus eine kleine, aber charakteristische Auswahl:

Keine Zwangsanleihe bei der Rentenversicherung

Die Delegierten des Gewerkschaftstages der Industriegewerkschaft Druck und Papier haben mit Empörung von der seitens der Bundesregierung gegenüber den Rentenversicherungsträgern verfügten Zwangsanleihe in Höhe von 750 Millionen DM Kenntnis genommen. Sie fordern die Bundesregierung auf, die getroffenen Maßnahmen rückgängig zu machen und in Zukunft alles zu unterlassen, was geeignet ist, das Vertrauen zur Rentenversicherung zu untergraben oder ihren Bestand zu gefährden.

Die den Rentenversicherungsträgern auferlegte Zwangsanleihe erinnert fatal an die Machenschaften der Nazizeit.

Im Jahre 1964 ist von der Bundesregierung und im Bundestag erklärt worden, daß die Rentenversicherungsträger 1965 nicht wieder zur Deckung des Bundeshaushaltes herangezogen würden. Ein Vorgehen, wie es nunmehr erfolgt ist, lehnte damals der Bundestag ab. Die Rentenversicherungsträger und damit die arbeitende Bevölkerung haben auf diese Erklärung vertraut.

Das Vertrauen zur Rentenversicherung und das Vertrauen zur Währung sind tragende Pfeiler unserer Demokratie. Sie zu erschüttern heißt das Vertrauen zum Staat zu untergraben.

Gegen Notstands- und Notdienstgesetze

Ein Notstands- und Notdienstgesetz wird nach wie vor von den Delegierten des Landesbezirkstages Niedersachsen abgelehnt. Die Delegierten fordern daher den Bundesvorstand des DGB auf, weiterhin in Sinne der auf dem Gewerkschaftstag der Industriegewerkschaft Druck und Papier 1962 angenommenen Entschließung Nr. 178 und des Beschlusses des letzten DGB-Bundeskongresses sich jeder Unterstützung an der Notstands- und Notdienstgesetzgebung zu enthalten und alle gewerkschaftlich organisierten Bundestagsabgeordneten anzuhalten, gegen diese Gesetze zu stimmen. Hauptvorstand und Bundesvorstand des DGB werden aufgefordert, mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln den Kampf gegen diese Pläne fortzusetzen.

Die Öffentlichkeit ist ständig über die tatsächlichen Auswirkungen einer Notstandsgesetzgebung aufzuklären.

＊

Wir würden es begrüßen, wenn es schon in nächster Zeit zu einer Zusammenkunft zwischen den 215 Professoren und dem Bundesvorstand des DGB sowie der Hauptvorstände aller Gewerkschaften käme, um in einer gemeinsamen Manifestation vor aller

Welt deutlich zu machen, daß deutsche Intellektuelle und Vertreter der Arbeiterschaft in der Verteidigung der Demokratie eines Sinnes sind.

Als Ort der Zusammenkunft würde sich die Paulskirche in Frankfurt empfehlen, eine geschichtliche Stätte demokratischen Wollens in Deutschland. Wir sind davon überzeugt, daß eine solche öffentliche Demonstration geeignet wäre, den Bonner Bemühungen, die Notstandsgesetze noch in diesem Jahr durchzubringen, einen wirkungsvollen Riegel vorzuschieben.

(Als Material an DGB-Bundesvorstand überwiesen)

Für Abrüstung und Entspannung

Der 7. Ordentliche Gewerkschaftstag der IG Druck und Papier begrüßt die Wiederaufnahme der Genter Abrüstungsverhandlungen. Wir wünschen nicht nur ein Abkommen über die Nichtweitergabe von Atomgeheimnissen, sondern konkrete Maßnahmen für eine allgemeine Abrüstung und gegen den Mißbrauch der Atomkraft für Rüstungszwecke in Ost und West.

Die Delegierten fordern die Ausschaltung der Gewalt als Mittel der Politik und sind der Auffassung, daß die Beziehungen zwischen den Staaten ausschließlich auf der Grundlage des Rechts zu ordnen sind. Die Bundesregierung und die politischen Parteien sowie alle Gewerkschaftsmitglieder werden aufgefordert, mit größerer Aktivität für eine Politik der Entspan-

rung, des Friedens und die Einstellung des Weltrüstens in der Welt zu wirken.

Keine Atomwaffen und Atomminengürtel

Die Delegierten des 7. Ordentlichen Gewerkschaftstages der IG Druck und Papier verurteilen aufs schärfste die Bestrebungen der Bundesregierung und der ihr unterstehenden Militärs, an der Verfügungsgewalt über Atomwaffen teilzuhaben.

Die in der Presse erschienenen widersprechendsten Meldungen über einen Atomminengürtel längs der Zonen-

grenze haben große Unruhe in der Öffentlichkeit hervorgerufen.

Wir halten es im Namen des Friedens und der Menschlichkeit für unverantwortlich, die Trennung Europas durch atomare Aufrüstung zu verschärfen.

Entschließung zur Wiedervereinigung

Die Delegierten des Gewerkschaftstages verurteilen alle Bestrebungen, die den Frieden gefährden und Menschenleben in Ost und West bedrohen. Die Delegierten des 7. Ordentlichen Gewerkschaftstages der Industriegewerkschaft Druck und Papier fordern von der Bundesregierung, eine eigene realistische Deutschlandinitiative zu erarbeiten, die dazu beiträgt, die Wie-

dervereinigung West- und Ostdeutschlands herbeizuführen.

Die Delegierten halten eine verstärkte Politik der kleinen Schritte für geeignet, dem Ziel der Wiedervereinigung näherzukommen.

1. September soll Antikriegstag bleiben

Die Delegierten des 7. Ordentlichen Gewerkschaftstages der IG Druck und Papier fordern alle Gewerkschafter auf, aus Anlaß der Wiederkehr des Ausbruchs des 2. Weltkrieges nach wie vor den 1. September als Antikriegstag mit Veranstaltungen zu begehen.

Zusammenarbeit aus dem Blickwinkel des WGB

Der VI. WGB-Kongress in Warschau war von dem Bemühen profilierter Führer der internationalen Gewerkschaftsbewegung gekennzeichnet, die Nachkriegsentwicklung des Kapitalismus in Westeuropa gültig zu analysieren und für die praktische und ideologische Gewerkschaftsarbeit neue Schlüsse zu ziehen. Dabei durfte angesichts der verstärkten Tendenz im Deutschen Gewerkschaftsbund, neue Wege des Kennenlernens zu gehen

und überlebte Tabus abzustreifen, insbesondere interessieren, was die links bzw. kommunistisch orientierten Funktionäre von WGB-Gewerkschaften zur Zusammenarbeit mit IBFG-Gewerkschaften und zur Einschätzung der kapitalistischen Gesellschaftsordnungen in Westeuropa zu sagen haben.

Die nachfolgenden Auszüge wurden der Reihe nach entnommen aus den Reden von Louis Saillant, General-

sekretäre des Weltgewerkschaftsbundes; Otto Horn, Präsidiumsmitglied des Österreichischen Gewerkschaftsbundes und Vorsitzender der (kommunistischen) Fraktion der Gewerkschaftlichen Einheit im ÖGB; Herbert Warneke, Vorsitzender des FDGB in der DDR; Luciano Lama, Sekretär des italienischen Gewerkschaftsbundes CGIL und des sowjetischen Gewerkschaftspräsidenten Grischin.

Saillant: Zusammenarbeit schon jetzt möglich

Es steht außer Zweifel, daß der Gemeinsame Markt nunmehr den Massen immer mehr als eine internationale Allianz des Großkapitals gegen die Arbeiterklasse der sechs Länder erscheint. Es ist also nicht übertrieben, zu sagen, daß nunmehr die Bedingungen für die Realisierung der Aktionseinheit der Werkältigen viel vorteilhafter sind, um so ihre gemeinsamen und dringlichen Forderungen, die übrigens von den Gewerkschaftsorganisationen der sechs Länder formuliert worden sind, zu verwirklichen. Die Aktionseinheit ist in bezug auf viele Fragen schon jetzt möglich, und der WGB wird aus ganzen Kräften zur Verwirklichung dieser Aktionseinheit in Westeuropa beitragen... Auf nationaler Ebene praktizieren die Organisationen, die dem IBFG, dem IBG und dem WGB angeschlossen sind, immer häufiger die Aktionseinheit zur Lösung gemeinsamer Probleme. Auf internationaler Ebene ist die Tendenz einer stärkeren Entfaltung der Kontakte, der Diskussionen und der Austausche von Delegationen zwischen den Organisationen des IBFG und den Organisationen der sozialistischen Länder zu verzeichnen...

Gewerkschaftsorganisationen Australiens, Schwedens, Österreichs, Belgiens, Indiens und noch anderer Länder wünschen und verwirklichen auch Delegationsaustausche mit Gewerkschaftszentralen, die dem WGB angeschlossen sind. Besonders bedeutsam und positiv ist auch die Vereinbarung zwischen den Vertretern der Bergarbeitergewerkschaften von 18 Ländern, zu denen die Gewerkschaften der Deutschen Bundesrepublik, der Sowjetunion, der USA, Großbritanniens, Frankreichs, Japans, Malis, Italiens und Chiles gehören, ein gemeinsames Heil der Forderungen zusammenzustellen und dies auf der Tagung der Kohlekommission der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) erfolgreich zu verteidigen...

Horn: Man muß die Dinge realistisch sehen

Wir dürfen nicht nur vom Bestehen einiger internationaler Gewerkschaftszentren wie WGB, IBFG und christliche Gewerkschaftsinternationale aussehen. Abgesehen davon, daß es große Landeszentralen gibt, die keinem internationalen

Zentrum angeschlossen sind, so ergibt sich aus der Gemeinsamkeit von Aufgaben und des Kampfes die Notwendigkeit regionaler Zusammenschlüsse und Verbindungen.

Wenn wir uns die Verhältnisse in Europa ansehen, so müssen wir feststellen, daß mit Ausnahme in Italien und Frankreich, wo die dem WGB angeschlossenen Gewerkschaftszentralen lährend sind, in allen übrigen kapitalistischen Ländern Europas die Gewerkschaften des IBFG dominieren. Das Problem der Einheit weist daher in Europa andere Perspektiven auf als in anderen Teilen der Welt. Andererseits ist sicher, daß es in Europa nicht unabhängig von den anderen Teilen der Welt gelöst werden kann.

Es gibt Differenzen und Gegensätze zwischen den Gewerkschaften innerhalb des IBFG. Aber gibt es solche woanders nicht? Ich glaube, es wäre unrichtig, das Problem der Wiederherstellung der internationalen Gewerkschaftseinheit auf einen Zerfall des IBFG aufzubauen, wie es ebenso unrichtig wäre, würde dies von anderer Seite auf den Zerfall des WGB aufgebaut werden. Aber mir scheint es ebenso richtig, daß es nicht heißen kann: Einheit nur auf dem Boden des WGB, wie es ebenso wenig heißen kann: Einheit nur im IBFG.

Daher scheint es mir, daß es nur Deklamation bleiben muß, wenn in den Thesen steht: „Der WGB ist die einzige, wirklich universelle, demokratische, unabhängige und freie internationale Gewerkschaftsorganisation.“

Die Thesen berufen sich zur Begründung darauf, daß dem WGB Gewerkschaften von Ländern aller wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Systeme angehören. Aber behauptet nicht der IBFG ebenfalls, diese einzige, demokratische und freie Gewerkschaftsinternationale zu sein? Auch er vereinigt Gewerkschaften aus allen Ländern verschiedenster Systeme, mit Ausnahme von sozialistischen Systemen.

Warneke: Mitbestimmung richtet sich gegen Monopole

Als zentrale Aufgabe der Gewerkschaften in der Zurückdrängung der uningeschränkten Herrschaft der Monopole wird der Kampf um Mitbestimmung der westdeutschen Arbeiterschaft in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft herausgestellt. Vor wenigen Tagen haben die westdeutschen

Gewerkschaften in Dortmund eine große Kundgebung für das Mitbestimmungsrecht durchgeführt, wobei auch der Vorsitzende des DGB, Ludwig Rosenberg, sprach und die gewerkschaftliche Kontrolle der Macht der Monopole verlangte, weil diese Macht politisch wie wirtschaftlich zu einer großen Gefahr geworden sei.

Die Konzentration der Macht der Monopole ist keine Erscheinung, die sich nur auf Westdeutschland beschränkt. Diese Tendenz, diese Entwicklung ist in allen kapitalistischen Ländern Europas festzustellen. Die Automation ist eng mit der Konzentration des Kapitals verbunden. Wir begrüßen es, daß Kollege Louis Saillant gerade in diesem Zusammenhang umfassend die Folgen der technischen Revolution unter kapitalistischen Bedingungen geschildert hat. In der Tat, für die Automation, für die Durchführung der technischen Revolution brauchen die Monopole riesige Mittel, die durch gesteigerte Ausbeutung der Arbeiter herausgepreßt werden. Für soziale Sicherheit, gegen die Macht der Monopole, gegen die steigende Ausbeutung, gegen die mit diesem Prozeß verbundenen Angriffe auf die Rechte der Arbeiter und ihrer Gewerkschaften ist es notwendig, alle Kräfte der Gewerkschaften — gleich welcher Richtung — enger zusammenzuschließen, damit die Interessen der Arbeiter wirksamer vertreten werden können.

Die westdeutschen Gewerkschaften bejahren die Automation und den technischen Fortschritt. Die Automation darf aber, so sagen sie, nicht zum Fluch, sondern muß zum Segen der Menschheit werden. Sie fordern darum Mitbestimmung in der Forschung, Planung und Durchsetzung des technischen Fortschritts sowie weiterreichende Schutzmaßnahmen und Sicherheit für die Arbeiter gegen die sozialökonomischen Folgen der Automation.

Wir halten diese Forderung nach gewerkschaftlichem Mitbestimmungsrecht in der Gesellschaft, in der Wirtschaft, in jedem Betrieb für so bemerkenswert und charakteristisch, daß nach unserer Meinung der VI. Weltgewerkschaftskongress ihr eine große Aufmerksamkeit widmen und der WGB ihr auch in seiner zukünftigen Tätigkeit eine große Beachtung schenken muß. Die Forderung auf Mitbestimmungsrechte der Gewerkschaften hat antimonopolistischen Charakter; sie ist nur auf Kosten der Macht der Monopole zu verwirklichen, denn sie kann nur durch Einschränkung dieser Macht realisiert werden...

Wir sind der Meinung, daß solche gegen die Monopole gerichteten Forderungen in der Gewerkschaftsbewegung der kapitalistischen Länder, bei aller Unterschiedlichkeit der Meinungen, neue und größere Möglichkeiten für das Zusammenwirken der Gewerkschaften der verschiedensten Richtungen schaffen und ihren gemeinsamen Kampf zur Durchsetzung einer Politik des Friedens, der Demokratie und des sozialen Fortschritts begünstigen.

Lama: Die Probleme Westeuropas herausarbeiten

Die Aktionseinheit zwischen den Zentralen verschiedener Zugehörigkeit in Westeuropa wird von Tag zu Tag dringender, denn sie zeigt sich als das einzige wirksame Mittel, um gegen die Handlungen der Monopolisten zu kämpfen. Das ist nicht leicht zu erreichen, bleibt aber dennoch unser Hauptproblem. Aus diesem Grunde haben wir den Inhalt der von einigen Kollegen gehaltenen Diskussionsbeiträge besonders anerkannt. Zum Beispiel teilen wir die Meinung des Kollegen Warnke, der, ausgehend von der Aufmerksamkeit, die er richtigerweise den Standpunkten des DGB schenkt, den WGB aufruft, den Inhalt der Mitbestimmung zu vertiefen. In der Mitbestimmungsforderung kommt die Suche nach einer anti-monopolistischen und demokratischen Strategie der Gewerkschaftsorganisationen der Deutschen Bundesrepublik zum Ausdruck.

Ohne Zweifel bringt die Politik Risiken mit sich, aber sich in Alternativlosigkeit zu flüchten, aus Furcht, Fehler zu machen, wäre sicher eine noch größere Gefahr. Das würde einem Verzicht auf jede Aktion gleichkommen, dem Feind

der Arbeiterklasse einen Weg ebnen, indem wir uns an die Hoffnung auf einen neuen Tag, der nicht von allein kommen kann, klammern. Um den Kämpfen der Werktagen neuen Elan zu geben, ist es entscheidend, die gegenwärtigen Tendenzen in den entwickelten kapitalistischen Ländern und die augenblickliche Politik der Monopole gründlich zu erforschen...

Die augenblickliche Phase der kapitalistischen Entwicklung ist charakterisiert von einer besonderen Betonung der Konzentration, die begleitet ist von einer immer mehr hervortretenden Tendenz zur Internationalisierung des Kapitals. Die beiden Erscheinungen haben sich verbunden und einen gegenseitigen Antrieb erhalten: die Ausbreitung der Monopole hat die Integration der kapitalistischen Märkte vorangetrieben, während die Vereinigung der Märkte ihrerseits einen starken Anstoß zur Ausdehnung der Produktion sowie der Konzentration des Kapitals auf internationaler Ebene gegeben hat...

Es muß klar für uns sein, daß diese Widersprüche nicht gelöst werden können, indem man zur nationalen Abkapselung der Wirtschaft der verschiedenen Länder zurückkehrt. Von diesem Gesichtspunkt aus betrachtet, ist der Prozeß der Integration unserer Meinung nach unter den gegenwärtigen Bedingungen eine nicht mehr rückgängig zu machende Tatsache...

Aber ein gemeinsames Suchen und eine gemeinsame Erörterung zwischen der CGIL und der CGT sind unerlässlich, um aus einer Situation herauszukommen, die, wenn sie auch nicht zu einer Wandlung in den Standpunkten der Gewerkschaften führt, so doch — im Gegensatz dazu — hinsichtlich der im Kampf stehenden anderen Kräfte zu spüren ist.

Aus diesem Grunde besteht unsere Organisation so sehr auf einer regionalen Herausarbeitung der Probleme in Westeuropa, und wir sind einverstanden, gemeinsam die Formen für eine ständige Koordinierung zu erforschen, und zwar um eine Politik zu entwickeln, die alle gewerkschaftlichen Kräfte in Europa einschließt, die nach einem neuen Weg für den Kampf gegen die Monopole suchen.

Grischin:

Einheit durch geduldiges und konstruktives Suchen

In den letzten Jahren wurden im Ergebnis der Bemühungen des WGB und der ihm angehörenden Gewerkschaftszentren wichtige Erfolge bei der Entwicklung der Aktionseinheit der Werktagen und der Ausdehnung der Verbindungen zwischen den Gewerkschaften verschiedener Richtungen auf klassenmäßiger Grundlage erreicht. Diese Einheit wächst im Kampf für den Frieden, für das bessere Leben der arbeitenden Menschen, gegen den gemeinsamen Feind, den Imperialismus.

Nicht zulässig unternehmen die Imperialisten und ihre Helfer alle Anstrengungen, um die Reihen der Werktagen auf nationaler und internationaler Ebene zu spalten, die verschiedenen Teile der Arbeiterklasse zu isolieren und einander gegenüberzustellen und sie mit den Ideen des bürgerlichen Nationalismus, des Chauvinismus und des Antikommunismus zu vergiften. Es ist daher besonders wichtig, den spalterischen Machenschaften der Monopole in der Gewerkschaftsbewegung verstärkten Widerstand entgegenzusetzen, ihre wahren Pläne zu entlarven und die Ideen der Einheit und Unteilbarkeit der Klasseninteressen der Werktagen aller Nationen und Rassen, aller Länder und Kontinente noch breiter zu propagieren.

Der Weg zur Einheit führt über das geduldige und konstruktive Suchen nach allgemein annehmbaren Bedingungen, über die Erweiterung der Zusammenarbeit und die Entwicklung gemeinsamer Aktionen zur Verteidigung der Interessen der Werktagen. Die sowjetischen Gewerkschaften werden die Anstrengungen des WGB auf diesem Gebiet auf jede Weise unterstützen.

der sozialen, gesellschaftlichen und politischen Lebensinteressen der Arbeitnehmer gegenüber der antigewerkschaftlichen Aktivität der europäischen und USA-Monopole.

Der Vorsitzende des ostdeutschen FDGB, Herbert Warnke, machte zu dieser Frage sehr bemerkenswerte Ausführungen, insbesondere auch was die Mitbestimmungsforderung des Deutschen Gewerkschaftsbundes betrifft. Warnke unterstützte diese Forderung und unterstrich den „antimonopolistischen Charakter“ der qualifizierten Mitbestimmung der Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaften in der Gesellschaft, in der Wirtschaft und in den Betrieben. Die Mitbestimmung sei nur auf Kosten der Macht der Monopole zu verwirklichen, „denn sie kann nur durch Einschränkung dieser Macht realisiert werden“. Eine ähnliche Einschätzung gaben auch die Sprecher aus Italien und Österreich.

Es kann nicht die Aufgabe dieses Berichtes sein, ein lückenloses Bild aller Problematik und Tendenzen des Warschauer Kongresses zu zeichnen. Bei der starken Vertretung von Gewerkschaftsorganisationen aus nichteuropäischen Ländern mußte es dem Beobachter manchmal scheinen, als kämen die sozialen und wirtschaftlichen Aspekte der Gewerkschaftspolitik etwas zu kurz. Manche Tage waren ausgefüllt mit den Berichten der Abgesandten aus afrikanischen, asiatischen und lateinamerikanischen Ländern über ihren täglichen Kampf für die Erringung und die Bewahrung der nationalen Unabhängigkeit. Denn in den meisten dieser Länder erfordert diese Bewegung den größten Teil der Kraftanstrengung und das völlige Engagement der Gewerkschaften.

Einmütig verurteilte der WGB-Kongreß die aggressive und blutige Aktivität der USA in Vietnam und deren ständige Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Völker. Die Vereinigten Staaten wurden aufgefordert, den schmutzigen Krieg in Vietnam zu beenden und durch den Rückzug ihrer Truppen dem vietnamesischen Volk die Möglichkeit zur Ausübung ihres Selbstbestimmungsrechtes zu geben. Die uneingeschränkte Solidarität und Unterstützung aller Delegationen gehörte den Kämpfern für die Unabhängigkeit Südvietnams.

In einer Erklärung zur deutschen Frage, die neben anderen politischen Problemen wie Abrüstung, Achtung der Kernwaffen, Palästina- und Kaschmir-Konflikt, Gegenstand der Erörterungen war, wird das Streben der Bundesregierung nach Atomwaffen, werden ihre Gebietsforderungen und mangelnde Verhandlungsbereitschaft als die zweite große Gefahr für den Weltfrieden gewertet. Dagegen begrüßte der Kongreß die Bemühungen der DDR-Regierung, mit Bonn über die friedliche Bereinigung der deutschen Frage ins Gespräch zu kommen.

Nicht die zum Teil heftigen Dispute, die die Delegierten Chinas und ihre auf Albanien, Nordkorea, Indonesien

„Wir sind zum Bündnis bereit“

Interview mit dem CGT-Generalsekretär Benoit Frachon

Unser Mitarbeiter Gerd Siebel, der auch den nebenstehenden Bericht vom VI. Kongreß des Weltgewerkschaftsbundes (WGB) in Warschau schrieb, hat mit Benoit Frachon gesprochen und ihm drei Fragen gestellt, die auch das Verhältnis zwischen DGB und CGT herühren. Frachon, 72 Jahre alt, ist Generalsekretär des größten französischen Gewerkschaftsbundes CGT, welcher dem Weltgewerkschaftsbund angehört.

Frage: Sie haben in Ihrer Rede die Notwendigkeit der Zusammenarbeit der Gewerkschaften in Westeuropa, die verschiedenen Zentralen angehören, betont. Sehen Sie bereits Möglichkeiten für die Gegenwart?

Antwort: Ja, es bestehen nicht nur diese Möglichkeiten, sondern ich sehe eine sehr bedeutsame Tatsache darin, daß schon zwischen einigen dieser Organisationen brüderliche Beziehungen angeknüpft worden sind. Ich denke, daß sich diese Kontakte erweitern werden. Die Notwendigkeit, den immer hartnäckigeren Übergriffen der Monopole eine geeinte Kraft entgegenzustellen, zwingt uns zu dieser Lösung. Durch die direkten Fühlungnahmen zwischen den aktiven Kräften der Organisationen verringern sich mit der Zeit und verschwinden schließlich völlig das Mißtrauen und die oft künstlichen Hindernisse, die auf dem Wege zur Einheit auferichtet sind.

Frage: Es zeigt sich in der Praxis häufig, daß eine Verständigung in sozial- und wirtschaftspolitischen Fragen leichter ist als in Fragen der allgemeinen Politik. Würden Sie eine Zusammenarbeit von WGB- und IBFG-Organisationen befürworten, auch wenn eine Verständigung mit dem IBFG über die Wege der Friedenssicherung und die Deutschlandfrage nicht möglich ist? Könnte das Aktionsprogramm der IBFG-Gewerkschaften im EWG-Raum als Basis dienen?

Antwort: Wir suchen alle Möglichkeiten zur Verwirklichung der Einigung auch auf besonders gearteten Gebieten. Es gibt zur Zeit, besonders in den Ländern des Gemeinsamen Marktes, sehr viele wirtschaftliche und soziale Forderungen, die allen Lohnempfängern gemeinsam sind.

Wenn wir in Fragen allgemeiner Politik nicht einig sind — ist das ein Grund, auch da, wo wir uns verständigen können, in zersprengter Kampf ordnung zu streiten? Wenn wir hinsichtlich der Mittel zur Sicherung des Friedens und zur Lösung der deutschen Frage verschiedene Meinungen haben, so wird die Entwicklung der Ereignisse gewiß zeigen, wer von uns mit seiner Meinung recht hat. Wir unsererseits vertrauen auf das Klassenbewußtsein der Arbeiter und auf ihren gesunden Menschenverstand, um zu einem gesunden Urteil zu gelangen. Wesentlich ist, daß die Konfrontation der Ideen loyal und in aller Offenlichkeit vor sich geht.

Betreifend das Aktionsprogramm der Organisationen in den Ländern des Gemeinsamen Marktes bestehen zweitelles Meinungsverschiedenheiten über die allgemeine Wertung seines Inhalts sowie über die von der Arbeiterklasse zu ergreifenden Maßnahmen, um sich von der Herrschaft der Monopole zu befreien und eine normale und allen Ländern nützliche Zusammenarbeit herzuführen. Es gibt jedoch genügend gemeinsame Punkte, die uns erlauben, einen wirksamen Kampf zu führen. Wir unsererseits sind bereit, zu diesem Zweck ein breites Bündnis einzugehen.

Frage: Sind Sie in bezug auf eine Zusammenarbeit von CGT und DGB optimistisch, und welche nächsten Schritte würden Sie empfehlen?

Antwort: Ich besitze im allgemeinen ein ziemlich optimistisches Naturell. Mein langes Leben als kämpferischer Arbeiter hat mich gelehrt, die Schwierigkeiten nicht als unüberwindlich anzusehen, und ich weiß wohl, daß noch Schwierigkeiten zu überwinden sind, um zu einer nützlichen und wirksamen Zusammenarbeit mit dem DGB zu gelangen. Ich glaube jedoch, daß in der Bundesrepublik Deutschland die Zahl der Arbeiter und der Kämpfer wächst, die nach einer solchen Zusammenarbeit streben. Das ist ganz natürlich.

Vieelleicht führt uns der Weg zu diesem Ziel über eine Annäherung auf der Basis derjenigen Industrien, die an gemeinsamen Forderungen und Aktionen ein besonderes Interesse haben. Es gibt gewisse Industrien, bei denen die gegenseitige Durchdringung der Monopole diese Annäherung fördern könnte. Wir werden jedenfalls keine Gelegenheit vorbeigehen lassen, um diese Annäherung zu begünstigen.

und einen Teil der Abordnung aus Ceylon begrenzten Anhänger dem Kongreß liefertern, waren das Typische in Warschau. Eindeutig im Vordergrund stand das Bemühen der großen Mehrheit, künftig realistischere Gewerkschaftsarbeit zu leisten, auf dieser Grundlage die Einheit der nationalen und internationalen Gewerkschaftsbewegung bei der sozialen, wirtschaftlichen und

politischen Interessenvertretung der Arbeitnehmer zu fordern sowie einen Beitrag zur weltweiten Friedenssicherung zu leisten. Wie schon der Amsterdamer IBFG-Kongreß hat auch der WGB-Kongreß in Warschau offensichtlich zu einer gegenseitigen Annäherung und damit zur Stärkung der Weltgewerkschaftsbewegung beigetragen.

Ein Arbeitsprogramm der GdED

Eisenbahner wollen Beteiligung am Produktionsvermögen und Sicherung der Arbeitsplätze vor Rationalisierung

Mit der Verabschiedung des „Karlsruher Arbeitsprogramms“ endete der 7. ordentliche Gewerkschaftstag der Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands. Es enthält den Extrakt von rund 300 Anträgen und 40 Entschließungen, die dem Kongreß Mitte Oktober in Karlsruhe vorlagen. Philipp Seibert wurde als Vorsitzender der GdED wiedergewählt.

Die Delegierten der 446 000 organisierten Eisenbahner — Arbeiter, Angestellte und Beamte — fordern in dem Arbeitsprogramm die Sicherung der von Automation und Streckenstillstellungen bedrohten Arbeitsplätze. Die 40-Stunden-Woche mit vollem Lohn- und Gehaltsausgleich, der Fünf-Tage-Rhythmus in allen Dienstzweigen, die Erhöhung der Löhne, Gehälter und Beamtenbesoldung sowie die gesetzliche Regelung der Lohnfortzahlung für Arbeiter im Krankheitsfalle sind weitere Programmfpunkte. Ferner wird die Verbesserung der Dienstvorschriften gefordert, die von den Eisenbahnnern im Betriebs- und Verkehrsdienst noch immer Arbeitszeiten bis zu 54 Stunden in der Woche ohne entsprechenden Ausgleich verlangt.

Nachdrücklich sprach sich der Gewerkschaftstag auch für die Mitbestimmung aus und forderte die paritätische Beisetzung des Verwaltungsrates der Deutschen Bundesbahn. In seiner Er-

öffnungsrede sagte Seibert, der eine Verstärkung der Klassenunterschiede in der Bundesrepublik feststellte, daß es ohne Mitbestimmung der Arbeitnehmer keine Demokratie geben könne. Im „Karlsruher Arbeitsprogramm“ wird außer der paritätischen Mitbestimmung die „Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktionsvermögen“ als vordringlich bezeichnet.

Eine klare Stellungnahme gab der Gewerkschaftstag auch zur Notstandsgesetzgebung ab, die er ohne Einschränkung ablehnte und vor deren Gefahren er die Öffentlichkeit warnt. Der Gewerkschaftsvorsitzende Seibert, der SPD-Bundestagsabgeordneter ist, erklärte, die Gewerkschaften würden eine Beschränkung oder Beseitigung von Grundrechten sowohl aus prinzipiellen Überlegungen wie auch aus bitterer Erfahrung in der Vergangenheit ablehnen.

Die Erfolge künftiger Gewerkschaftsarbeit, so wird es in dem Arbeitsprogramm unterstrichen, würden nicht zuletzt davon abhängen, „inwieweit die Gewerkschaften über die Auseinandersetzungen mit der Arbeitgeberseite hinaus ihren Einfluß in der allgemeinen Politik und Verkehrspolitik geltend machen können“. Ki.

Jugend soll stärker mitarbeiten

Der Oktober war „Jugendmonat“ der IG Metall Forderungen junger Gewerkschafter an den Gesetzgeber

Die Industriegewerkschaft Metall hat auch in diesem Jahr wieder im Oktober ihren nunmehr schon traditionellen „Jugendmonat“ durchgeführt. Mit einer Anzahl von Veranstaltungen begann in den Betrieben der Metallwirtschaft und in den mehr als 180 Verwaltungsstellen der IG Metall die Winterarbeit der IG-Metall-Jugend, die mit mehr als 300 000 Mitgliedern unter 21 Jahren eine beachtliche Gruppe in der Gewerkschaft darstellt.

Auf einer Zentralen Tagung in Solingen haben die Vertreter der jungen Metall-Arbeitnehmer ihr spezielles Programm formuliert:

■ In Zusammenarbeit mit dem DGB wird die Jugend der IG Metall einen Vorschlag zur Neuordnung aller die Jugendlichen betreffenden Abschnitte des Betriebsverfassungsgesetzes erarbeiten.

■ Vom Gesetzgeber wird in dieser Legislaturperiode die Verabschiedung eines fortschrittlichen Berufsausbildungsgesetzes erwartet sowie eine Ergänzung des Jugendarbeitsschutzgesetzes, um dessen Unzulänglichkeiten zu beseitigen; ferner die Ausdeh-

nung der allgemeinen Schulpflicht bis zum 16. Lebensjahr und eine Verlängerung des wöchentlichen Berufsschulunterrichtes auf 12 Stunden an zwei Tagen.

■ Weitere Forderungen, die sich an die Unternehmer bzw. den Gesetzgeber zugleich richten, sind: eine leistungsgerechte Bezahlung der Lehrlinge, 24 Tage Mindesturlaub für alle Jugendlichen bis zum 21. Lebensjahr, Ausdehnung des Kündigungsschutzes auf alle Jugendlichen.

■ Auch in Zukunft sind wieder Gedenkfahrten zu den ehemaligen Konzentrationslagern im In- und Ausland vorgesehen.

Erfahrungsgemäß — so in den letzten Jahren — werden im Monat Oktober zwischen 10 000 und 15 000 junge Arbeitnehmer der Metallwirtschaft in die Gewerkschaft aufgenommen. Nach einem Zwischenergebnis der diesjährigen Jugendvertreterwahlen, die auf Grund des Betriebsverfassungsgesetzes stattfinden, wurden bis September 5032 Jugendvertreter gewählt. Von ihnen sind rund 80 Prozent Mitglieder der IG Metall. Ki.

Neuer Vorstoß für Besserstellung der Organisierten

Die IG Textil - Bekleidung an der Saar hat mit dem Verband der saarländischen Textil- und Lederindustrie neue Lohn- und Gehaltstarifverträge abgeschlossen. Darin sind Einkommensaufbesserungen von nahezu 10 Prozent vorgesehen, die ab Oktober wirksam wurden. Zusätzlich hat die Gewerkschaft für ihre Mitglieder in der saarländischen Textil- und Bekleidungsindustrie ein Urlaubsgeld von 100 bis 200 DM vereinbart, die aus einer von den Unternehmern gespeisten Kasse zu zahlen sind. Die Unternehmer haben jedoch für sich das Recht in Anspruch genommen, den nicht gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmern, je nach Dauer der Betriebszugehörigkeit, ein zusätzliches Urlaubsgeld von 100 bis 160 DM zu zahlen. Damit ist das Bemühen, die Unorganisierten von materiellen Verbesserungen zugunsten der Organisierten auszuschließen, das von der Textilarbeiter-Gewerkschaft besonders hartnäckig verfolgt wird, abermals fruchtlos geblieben.

Bayerns Holzarbeiter arbeiten kürzer

Die Gewerkschaft Holz hat sich mit der bayrischen Säge- und Holzverarbeitungsindustrie in einer Schlichtungsvereinbarung auf eine Arbeitszeitverkürzung von wöchentlich 43 auf 42 Stunden ab 1. Dezember 1965 und auf 41 Stunden ab 1. Februar 1967 geeinigt. Die Regelung sieht einen vollen Lohnausgleich vor und hat eine Laufzeit bis zum 31. Januar 1968; sie gilt für 30 000 Arbeitnehmer.

Gewerkschaft Leder fordert Lohngarantie

Der erste Vorsitzende der Gewerkschaft Leder, Adolf Mirkes, hat auf einer Gewerkschaftsversammlung in Tuttlingen die Forderungen der Gewerkschaft Leder für einen neuen Manteltarifvertrag in der Schuhindustrie dargelegt. So wird u. a. der Fall der Ortsklassen und ein Schutz der Arbeitnehmer vor Lohnverlusten und Entlassungen im Zuge der Rationalisierung und Automation gefordert. Dabei verlangt die Gewerkschaft Leder von den Unternehmern eine Lohngarantie für alle Arbeiter über 40 Jahre, die mindestens eine fünfzehnjährige Betriebszugehörigkeit nachweisen können. Für Arbeiter, die infolge der Rationalisierung entlassen werden, sollen die Unternehmer eine Abfindung zahlen, die nach Alter und Betriebszugehörigkeit zu bemessen ist. Schließlich fordert die Gewerkschaft Leder den Durchschnittslohn bis zur Erreichung der Altersgrenze für solche Arbeitnehmer, die durch Betriebsunfälle oder frühzeitigen Kräfteverfall infolge der steigenden Arbeitsintensität nicht mehr in der Lage sind, die vorher erbrachte Leistung zu erzielen.

Energieträger in Gemeineigentum

Zum Oberhausener Beschuß der IG Bergbau
Wie sieht es in der Energiewirtschaft aus?

Der Beschuß des außerordentlichen Gewerkschaftstages der Industriegewerkschaft Bergbau und Energie in Oberhausen, die „Neuordnung des Bergbaus und der Energiewirtschaft mit dem Ziel der Überführung in Gemeineigentum“ zur Grundaufgabe der Gewerkschaft in den Satzungen festzulegen, hat weite Beachtung gefunden. In dem nachfolgenden Artikel wird aus beruflicher Quelle die wirtschaftliche Situation des Bergbaus und der Energiewirtschaft dargestellt:

Der Steinkohle- und Erzbergbau befindet sich in einer Krise, die nahe an eine Katastrophe dieser Wirtschaftsweise heranreicht. Obwohl der Energieverbrauch in der Bundesrepublik 1957, dem Jahr vor der Kohlenkrise, von 196,5 Millionen Tonnen Steinkohleneinheiten (SKE) auf 262,9 Millionen Tonnen SKE, oder um 34 Prozent gestiegen ist, ging die Steinkohlenförderung in dieser Zeit um 149,5 auf 142,2 Millionen Tonnen oder 5 Prozent (im ersten Halbjahr 1965 um weitere 3,4 Prozent) zurück. Die Belegschaften verringerten sich gleichzeitig von 604 000 auf 406 000.

Im Eisenerzbergbau verminderte sich die Förderung von 18,2 auf 11,6 Millionen Tonnen oder um 36,6 Prozent (im ersten Halbjahr 1965 um weitere 5,7 Prozent). Hier ging das Zechensterben noch schneller voran als im Steinkohlenbergbau. Dagegen stieg die Roh-eisenerzeugung von 1957 bis 1965 von 21,5 auf 27,2 Millionen Tonnen oder um 26,5 Prozent. Die Stahlkonzerne lassen also die Erzgruben rücksichtslos zugrunde gehen, um durch die Einfuhr ausländischer Erze jährlich 70 Millionen DM sparen zu können. Nicht

viel anders übrigens sieht es auch im Nichteisenerzbergbau aus.

Auf dem Kongreß der IG Bergbau und Energie wurde in der Begründung zum angenommenen Antrag 54 die Situation des Bergbaus treffend gekennzeichnet. Es heißt in dem Antrag, der die Überführung des Bergbaus in Gemeineigentum fordert: „Die heutigen Besitzer des Bergbaus sind trotz großer staatlicher Subventionen nicht mehr in der Lage, dem Bergmann eine gesicherte Zukunft zu garantieren.“

Eine wesentliche Erweiterung der Forderung auf Überführung des Bergbaus in Gemeineigentum ist die nunmehr erfolgte Einbeziehung der Energiewirtschaft. Das spricht zweifellos für die Einsicht der Delegierten, die die Zusammenhänge der Energiewirtschaft klar erkannt haben. Nunmehr umfaßt also der Beschuß die Erdöl- und Gasiförderung, die Rohrleitungen für den Transport und die Raffinerien.

Um sich ein Bild über diesen Komplex zu machen, sei folgendes festgestellt. Die Erdölförderung und Erdöliefuhr, die erst 1957 11,2 Millionen Tonnen

Bergarbeiter wollen mehr Lohn

Im Ruhrbergbau ist eine neue Lohnbewegung zu erwarten. Die Betriebsräte mehrerer Zechen haben den Wunsch der Bergarbeiter nach höheren Löhnen der Tarifkommission der Industriegewerkschaft Bergbau und Energie vorgetragen. Zur Begründung der Lohnbewegung wird von den Betriebsräten die Preissituation angeführt.

Kegel wird Arbeitsdirektor

Das Mitglied des geschäftsführenden Vorstandes der IGBE, Kegel, scheidet vorzeitig aus seiner Funktion aus, um Arbeitsdirektor bei der Hibernia AG zu werden. Die Hibernia ist Bundes-eigentum und die drittgrößte Bergbau-gesellschaft in der Bundesrepublik.

betrug, hat sich bis 1964 auf 59,4 Millionen Tonnen oder auf das 4,9fache erhöht. Während 1957 die Raffinerien in der Bundesrepublik 11,844 Millionen Tonnen verarbeiteten, stieg diese Zahl bis 1964 auf 57,926 Millionen Tonnen. Ihre Kapazität hat sich zur Zeit auf 74,1 Millionen Tonnen vergrößert und wird bis 1970 109,6 Millionen Tonnen betragen. Die Transportleistungen der Erdölleitungen werden dann bis auf etwa 120 Millionen Tonnen ausgebaut sein. Die Einfuhr von Erdgas aus Holland wird bis 1970 mindestens 15 Milliarden cbm erreichen, was einem Kohlenwert von rund 19 Millionen Tonnen entspricht.

Die Größenordnungen der Erdöl- und Erdgaskonkurrenz machen deutlich, daß ein gesunder Steinkohlenbergbau nur zu erreichen ist, wenn die Energiewirtschaft als eine Einheit behandelt und nach volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten geleitet und verwaltet wird.

Das setzt aber voraus, daß die Energieträger aus der Konkurrenz-wirtschaft herausgenommen und in öffentlichen Besitz überführt werden. Die vergangenen acht Krisen-jahre im Steinkohlenbergbau haben bewiesen, daß sich hier das private Eigentum gründlich überlebt hat. Seine Profitwirtschaft ist die eigentliche Ursache der Krise in der Energiewirtschaft.

Die Bergleute kämpfen um die Erhaltung des Bergbaus und damit um die Erhaltung ihrer Arbeitsplätze. Das hat aber nichts mit Berufsegoismus zu tun. Im Gegenteil: Mit der Verteidigung ihrer Arbeitsplätze verteidigen sie gleichzeitig die Unabhängigkeit und die Sicherheit der Energieversorgung für die gesamte Bevölkerung. Die heutige Energiepolitik kuriert an den Symptomen und erschöpft sich in der Subventionierung der Kohlenkonzerne und der künstlichen Hochhaltung der Energiepreise. Erst die Überführung der Energiewirtschaft in öffentlichen Besitz schafft die Voraussetzungen für eine planvolle, volkswirtschaftlich begründete Energiepolitik. A. Stein

Minister gegen Grubensicherheit?

Forderung nach Grubenkontrolleuren wird ignoriert

Die Forderung der IG Bergbau und Energie, für die neugeschaffenen 13 Großbergämter in der Steinkohle je zwei Grubenkontrolleure einzusetzen, ist bis heute noch nicht erfüllt. Sie stößt vor allem auf den Widerstand von NRW-Wirtschaftsminister Kienbaum, der nach Auffassung der Gewerkschaft das Problem der ausreichenden Besetzung der Bergämter „auf die lange Bank schiebt“.

Das IGBuE-Organ „einheit“ verweist darauf, daß die seit mehr als einem Jahr geführten Verhandlungen mit dem Minister ergebnislos verlaufen sind, und stellt fest: „Im Interesse der Sicherheit der Bergleute ist aber eine sofortige Regelung dringend notwendig. Für weitere Verzögerungen und umständliches Taktieren in dieser Frage ist das Problem zu ernst.“

Wie berechtigt das Anliegen der Gewerkschaft ist, beweist die Unfallentwicklung im Ruhrbergbau. Allein in diesem Revier wurden 1964 rund 79 600 meldepflichtige Unfälle registriert, davon waren 215 tödlich. Damit haben sich die Unfälle gegenüber dem Vorjahr — berechnet auf 100 000 verfahrene Schichten — von 167,18 auf 167,86 Unfälle erhöht. Noch 1954 waren es immerhin nur 130,17 Unfälle; das entspricht einer Zunahme der Unfallziffer in 10 Jahren um rund 30 v. H.

Das Ansteigen der Unfälle ist in erster Linie auf die verstärkte Arbeitssetze zurückzuführen, da die Bergarbeiter durch die Drohung mit der Stilllegung und dem Verlust des Arbeitsplatzes zu immer höheren Leistungen gezwungen werden. Mehr denn je rangiert im Bergbau der Profit vor dem Menschen und die Kohleförderung vor der Sicherheit.

Angesichts dieses unerträglichen Zustandes kann man für die Haltung von Wirtschaftsminister Kienbaum nicht das geringste Verständnis aufbringen. Unwillkürlich drängt sich jetzt die Frage auf, ob der Minister als oberster Bergherr vielleicht deshalb gegen die Einsetzung von zusätzlichen Grubenkontrolleuren ist, weil ihre Ernennung auf Vorschlag der IGBuE erfolgt. M.

Der Vergleich lohnt sich

Gedankenaustausch über Fragen der Sozialversicherung Soziale Sicherheit — über Ländergrenzen hinweg

Am gleichen Tage, als in Hamburg die Arbeitnehmerkonferenz zur Gründung eines „Länderkomitees der Ostseeländer“ vom Hamburger Polizeipräsidenten verboten und die aus Schweden anreisenden Gäste auf dem Hamburger Flughafen von der Polizei alles andere als freundlich empfangen wurden, begann in Rostock ein internationaler Gedankenaustausch über Fragen der Sozialversicherung. Die Teilnehmer dieser Veranstaltungen kamen aus der DDR und aus der Bundesrepublik sowie aus Dänemark, Norwegen und Finnland.

Es ist immer wieder mit Bedauern festzustellen, daß nur in dem anderen deutschen Teilstaat östlich der Elbe gesamtdeutsche und internationale Treffen und Diskussionen der Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaftsvertreter gefördert werden, während man bei uns in der Bundesrepublik auf solche Vorhaben äußerst nervös und mit polizeistädtischen Maßnahmen reagiert. Verständlich, daß die Gastgeber aus der DDR bemüht waren, ihren Gästen einen möglichst umfassenden Einblick über Rechte, Leistungen und Arbeitsweise ihrer Sozialversicherung zu geben.

Bei den Gästen aus dem Ausland und der Bundesrepublik handelte es sich ausschließlich um Teilnehmer, die selbst in ihren Ländern praktisch und auch theoretisch in der Sozialarbeit stehen. Man konnte ihnen also nichts vormachen. Das war offensichtlich auch nicht das Bestreben der Vertreter aus der DDR. Zwar wurde mit berechtigtem Stolz von ihnen auf die sozialen Erfolge hingewiesen, aber sie gestanden auch freimütig noch vorhandene Unzulänglichkeiten ein.

Nach der Besichtigung des großen Klinikums Buch mit Rehabilitationszentrum, eines Sanatoriums in Graal-Müritz, des FDGB-Uraluaderdorfes Klink in Waren am Müritzsee und einer Aussprache mit den Räten für Sozialversicherung in Rostock Großbetrieben, festigte sich der Eindruck, daß die den Arbeitern und Angestellten in der DDR zustehenden Leistungen und Rechte sich durchaus mit denen in der Bundesrepublik messen können.

Gewiß ist nicht alles besser als in der Bundesrepublik, manches ist schlechter, aber es ist auch vieles wesentlich vollkommener als bei uns. Vor allem brauchen die Arbeiter und Angestellten in der DDR nicht zu fürchten, daß die von ihnen erworbenen sozialen Rechte und Leistungen wieder abgebaut werden können oder daß sie gegen Angriffe von oben verteidigt werden müssen. Es gibt kein Bestreben, das in der DDR wirklich noch soziale Mietrecht abzubauen oder in der Krankenversicherung etwa eine Kostenbeteiligung einzuführen.

Im Gegenteil: Alle Überlegungen gehen dahin, bei dem Erreichten nicht stehen zu bleiben, sondern es weiter auszubauen und zu verbessern. Die Frage ist allerdings, ob der FDGB in dieser Richtung nicht etwas offener und nachdrücklicher auftreten sollte!

Neben den „offiziellen“ Gesprächsrunden bot der internationale Gedanken-

austausch genügend Möglichkeiten, in Einzelgesprächen mit Kolleginnen und Kollegen aus der DDR und den anderen Ländern spezielle Fragen der sozialen Sicherheit zu erörtern. Dabei war von besonderem Interesse die schwedische Sozialversicherung, die in der Bundesrepublik von der SPD und den Gewerkschaften immer wieder als großes Vorbild hingestellt wird. Die Gäste aus Dänemark und Norwegen waren darüber sehr gut informiert und lobten als vorbildlich die schwedische Volkspension. Allerdings gilt in der schwedischen Krankenversicherung heute noch das Prinzip der Kostenbeteiligung, das ja die Regierungskoalition auch in der Bundesrepublik gegen den Widerstand der Gewerkschaften einzuführen versucht. Man darf dabei allerdings nicht vergessen, daß die Einkommensverhältnisse der schwedischen Arbeiter und Angestellten weit über denen in der Bundesrepublik liegen.

Otto Lehmann, Direktor der Sozialversicherung der DDR und Mitglied des Präsidiums des FDGB-Bundesvorstandes, fand die Zustimmung aller Teilnehmer des internationalen Gedankenaustausches, als er bei seiner Einführung in die Sozialversicherung der DDR Sicherheit als eine zulasten humanisti-

sche Aufgabe bezeichnete. Die Übernahme der Sozialversicherung in die alleinige Verwaltung der Gewerkschaften wird vom FDGB als Verwirklichung der von den Interzonenkonferenzen der deutschen Gewerkschaften in der Nachkriegszeit beschlossenen Forderung nach Selbstverwaltung betrachtet, eine Forderung, die der DGB erneut im Grundsatzprogramm bekräftigt hat. Otto Brenner hat in seinem Grundsatzreferat vor dem 8. Gewerkschaftstag der IG Metall dem FDGB das Recht, den Kampf der westdeutschen Gewerkschafter um eine Ausweitung der Mitbestimmung zu unterstützen, mit der Bemerkung abgesprochen: „Wer von Mitbestimmung der Arbeitnehmer in der DDR spricht, redet wie der Blinde von der Farbe.“ Sicher würde auch er etwas sachlicher die Dinge beurteilen, könnte er sich selbst an Ort und Stelle wie die Teilnehmer des internationalen Gedankenaustausches von der Arbeit des FDGB und der Sozialversicherung der DDR ein Bild verschaffen. Auch und gerade für unser Verhältnis zur DDR gilt das Wort Otto Brenners: „Wir brauchen neue Gedanken, eine neue Politik!“

Die Teilnehmer waren durchaus nicht in allen Fragen, die bei dem internationalen Gedankenaustausch über Fragen der Sozialversicherung zur Diskussion standen, einer Meinung. Einmütigkeit aber herrschte darüber, daß in allen Ländern die Gewerkschafter noch große Aufgaben vor sich haben, um das mehr als hundertjährige Streben der Arbeiterschaft nach umfassender sozialer Sicherheit zu verwirklichen. In der DDR haben die Gewerkschaften dabei die Unterstützung der Regierung. Bei uns sind diese Aufgaben nur im Kampf gegen die soziale Reaktion zu lösen.

A. B.

Nach den Wahlen — zahlen!

Die Regierungsparteien zeigen wieder ihr wahres Gesicht

Man ist versucht zu sagen: Sellen ist die Masse der Wähler so betrogen worden wie bei der diesjährigen Bundestagswahl. Und das will für unsere Verhältnisse schon etwas heißen! Vor den Wahlen versprachen Minister, Abgeordnete und Kandidaten in „edlem“ Wettkampf stabile Preise und Währung und soziale Sicherheit. Nach den Wahlen aber heißt es: zahlen!

Eine seit der Währungsreform bei spiellose Preiswelle droht. Die Mieten auch in den noch schwarzen Kreisen können ab 1. Januar nächsten Jahres erhöht werden, und in den weißen Kreisen wird die von Hausbesitzervereinigungen vor den Wahlen empfohlene „Zurückhaltung“ immer offener über Bord geworfen.

Eine „Sparkommission“ der CDU/CSU arbeitet in Bonn mit dem Rotstift, um den Bundeshaushalt für 1966 wieder ins Lot zu bringen, der vor den Wahlen durch die von Bundestag und Bundesregierung zum Zweck des Stimmenfangs beschlossenen Gesetze oder gemachten Zusagen um 7 Milliarden DM überzogen worden ist. Natürlich: Die Rüstungs- und Notstandsausgaben sollen nicht angetastet werden!

Dafür soll die Beamten zum 1. Januar und 1. April 1966 zugesagte Gehaltserhöhung um je vier Prozent verschoben werden. Die Ausbildungszulagen für Kinder vom 15. bis zum 27. Lebensjahr sollen storniert werden. Die Bundeszuschüsse an die Bundesbahn, zum Ausgleich des Defizits von 1,7 Milliarden DM für 1965, sollen gekürzt, die Ablieferung der Bundespost an den Bund wieder auf 6½ Prozent der Bruttoeinnahmen erhöht werden. Erhöhungen der Bahn- und Posttarife würden die Folge sein.

Die den Kriegsopfern zugesagte Verbesserung ihrer Versorgung im Jahre 1965 soll ebenfalls verzögert werden, eventuell sogar bis zum 1. Januar

EWG-Krise und Gewerkschaften

In der Oktober-Ausgabe der „Nachrichten“ hat Dr. Tuchfeldt die Ursachen der Ewg-Krise analysiert („Worum geht es in der Ewg-Krise?“). Daraus ergibt sich aber doch auch die Frage: Wie stehen wir als Gewerkschafter zur Krise der Ewg?

In seinem Grundsatzreferat vor dem 8. Gewerkschaftstag der IG Metall hat Otto Brenner die Krise in der Ewg als „eine große Belastung“ bezeichnet und erklärt: „Wirtschaftlich hat die Ewg bisher für alle beteiligten Län-

1968! Auch die Kriegsgeschädigten können nicht damit rechnen, daß die Kürzung der Leistungsverbesserungen der 18. Novelle zum Lastenausgleich von 7 auf 3 Milliarden DM, vor allem die völlige Streichung der Aufstockung der Hauptsentschädigung, jetzt wieder rückgängig gemacht wird, wie es Abgeordnete der Koalition vor den Wahlen versprochen hatten. Gestrichen bzw. aufgeschoben werden sollen auch die verbesserten Leistungen des Mutterschutzgesetzes und des Prämien- spargesetzes.

Seit langem im Gespräch ist auch eine Erhöhung der Krankenhauspflegesätze. Eine solche Mehrbelastung der Krankenkassen würde sicher eine Beitrags- erhöhung zur Folge haben. Von den Befürwortern der zusätzlichen direkten Beteiligung der Arbeiter, Angestellten und Rentner an den Krankheitskosten würde das wieder als Argument für ihre Pläne des sozialen Abbaus benutzt werden. Ohnehin haben CDU, CSU und FDP das vor den Wahlen sang- und klanglos zu Grabe getragene unsoziale „Sozialpaket“ jetzt wieder ausgegraben.

Eine Lohnfortzahlung für Arbeiter soll es nach ihrem Willen nur bei gleichzeitiger Einführung der Kostenbeteiligung im Krankheitsfalle geben. Auch eine Beitragserhöhung für die Rentenversicherung — wenn auch noch nicht für 1966 — ist angekündigt. Eine auf Grund der vorhandenen Reserven durchaus mögliche Herabsetzung des Beitrages für die Arbeitslosenversicherung aber hat die Bundesregierung erneut abgelehnt.

Dieser Artikel kann keinen Anspruch erheben, die unsozialen Pläne und Anschläge der Regierungskoalition auf die Lebenshaltung und soziale Sicherheit der Arbeitnehmer vollständig aufzuzählen. Täglich kommen neue hinzu. Gewerkschaften, Rentner- und Sozialverbände, Mieterorganisationen, kurz alle Kräfte, denen es um soziale Sicherheit, um soziales Recht, um sozialen Fortschritt geht, sollten zur gemeinsamen Abwehr bereit sein. Sie sollten das oft unfruchtbare Nebeneinander, vor allem aber jedes nur der sozialen Reaktion dienende Konkurrenzdenken überwinden. Die Zeit erfordert — soll das Erreichte bewahrt und weiter ausgebaut werden — gemeinsame Überlegungen, gemeinsame Anstrengungen gegen jeden sozialen Rückschritt, für den sozialen Fortschritt! H. Kahle

der mehr Vorteile als Nachteile gebracht ... Die Gewerkschaften wenden sich entschieden gegen alle Versuche, die europäische Integration durch ein sogenanntes Europa der Vaterländer zu ersetzen, das außerdem noch durch eine dieser Vaterländer beherrscht werden soll.“

Man muß sich ein wenig wundern, daß ein so erfahrener Gewerkschaftsführer wie Brenner eine solch illusionäre Einschätzung der Ewg vertritt. Welche Vorteile hat denn die Ewg bisher den Arbeitern, Angestellten und den Gewerkschaften gebracht? Sind nicht im Gegenteil viele Preise von Lebensmittel und anderen Gebrauchsgütern durch die Ewg und ihre allein auf die Profitinteressen der Großunternehmer orientierten Marktordnungen und die Zollpolitik erhöht worden? Brenner stellte an anderer Stelle seines Grundsatzreferates die Frage: „Hat die CDU uns vielleicht die Erhöhung der Löhne und Gehälter bescherlt, die Verkürzung der Arbeitszeit, die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, das Urlaubsgeld? Ist auch nur ein einziges wesentliches sozialpolitisches Gesetz vom Bundestag ohne das entschiedene Drängen der Gewerkschaften verabschiedet worden?“ Exakt die gleiche Frage aber läßt sich doch auch im Hinblick auf die „Segnungen“ der Ewg stellen! Illusionär ist es auch, die Ewg mit der „europäischen Integration“ gleichzusetzen. Europa besteht aus weit mehr als sechs Staaten. Die Ewg hat bis jetzt weniger zur Einigung denn zur Spaltung Europas und Deutschlands beigetragen! Man denke nur an die Erschwernisse des Handels.

Die Ewg ist ihrer ganzen Konstruktion nach autoritär und nicht demokratisch. In ihr bestimmen die Großkonzerne und deren Regierungsvertreter und nicht das Volk, geschweige denn die Arbeiterschaft und ihre Gewerkschaften. Weder den nationalen Parlamenten noch dem „europäischen“ Parlament und schon gar nicht den Gewerkschaften ist auch nur ein echtes Mitbestimmungsrecht gesichert.

Wie können wir als Gewerkschafter da für einen Abbau der Rechte der nationalen Parlamente und die Übertragung größerer Machtbefugnisse an die Ewg eintreten? Mit Sicherheit würde eine solche Entwicklung unter den gegenwärtig in der Ewg gegebenen Machtverhältnissen den Kampf des DGB um eine Ausweitung der qualifizierten Mitbestimmung nicht fördern, sondern erheblich erschweren!

Es mag etwas ketzerisch klingen, aber die westdeutschen Gewerkschaften sollten de Gaulle dankbar sein, daß er

den Prozeß der „Integration“ gestoppt hat. Sie sollten jedoch die Krise nicht nur registrieren und analysieren und nicht nur an die Staatsmänner appellieren, das „Einigungswerk“ fortzusetzen. Sie sollten vielmehr alle Fragen der Ewg nüchtern und unpathetisch, vom Standpunkt der Interessen der Arbeiterschaft und ihrer Gewerkschaften aus neu durchdenken, ergänzend zum Ewg-Aktionsprogramm der Gewerkschaften ein gewerkschaftliches Programm für eine wirklich europäische, demokratische Wirtschaftsgemeinschaft entwickeln und die Ewg-Krise für den Kampf um die Verwirklichung dieses Programms nutzen.

Alwin B., Bremen

Nach der Wahl richtig reagieren!

Nicht resignieren, richtig reagieren muß man auf dieses Wahlergebnis, so sagten sich die Bauarbeiter des Landkreises Schongau und nahmen am 26. September, bereits eine Woche nach der Bundestagswahl, in ihrer Versammlung drei Entschließungen an.

In der ersten verweisen sie die Arbeitgeber darauf, daß die Wahl der Betriebsräte, angefangen von Betrieben mit mehr als sechs Arbeitnehmern, bindend vorgeschrieben ist. Sie fordern, dieselben noch in diesem Jahre durchzuführen.

Die zweite Entschließung verlangt die Umstaltung von der Ortsklasse II in die erste. In der Begründung hierzu heißt es: „An Hand der Aufzeichnung bedeutender Wirtschaftsinstitute besteht in der Preisfrage zwischen Großstadt, Kleinstadt und ländlicher Gegend so gut wie kein Unterschied mehr. Sie bezieht sich sowohl auf die Mieten als auch auf Konsumgüter. Zwischen Bürgern einer „klassenlosen Republik“ kann deshalb kein so großer Unterschied gemacht werden.“

In der dritten Entschließung greifen sie das Thema aus ihrem demokratischen Pflichtbewußtsein auf, welches die großen Parteien im Wahlkampf peinlich vermieden oder bewußt entstellt haben. Hierin heißt es:

„Nachdem bereits einige sogenannte „kleine“ Gesetze, wie das Selbstschutz- und Zivildienstgesetz, vom Bundestag verabschiedet wurden, erinnern sie an die Entschließung des DGB-Kongresses, wonach die Notstandsgesetze abzulehnen sind. In einer demokratischen Republik, wie es die Bundesrepublik Deutschland ist, ist ein derartiges Notstandsgesetz niemals zum Schutze der Arbeitenden nötig. Es scheint anderen Zwecken zu dienen. Die Bundesrepublik muß frei von dieser Art Notstandsgesetze sein. Wir rufen dringend alle Gewerkschafter im Bundestag auf, die bereits bestehenden Notstandsgesetze aufzulösen und die restlichen abzulehnen. Die Arbeitenden sind in der Bundesrepublik in der Mehrzahl. Wir wollen in Frieden und Freiheit leben!“

IG BAU - STEINE - ERDEN
Zahlstelle SCHONGAU

Aufschlußreicher Sozialbericht 1965

Keine Spur von sorgenfreiem Lebensabend oder Rentenwunder
Hohe Reserven — geringe Durchschnittsrenten

- 9.—11. November
Bundesangestelltenkonferenz des DGB in Bad Godesberg
- 19.—20. November
6. DGB-Jugendkonferenz in München
- 2.—3. Dezember
DGB-Bundestagung für berufliche Bildung
- 9.—14. Mai 1966
7. DGB-Kongreß in Berlin

„Senefelder“ wieder bei der IG Druck und Papier

Seit dem 1. Oktober ist der „Deutsche Senefelder-Bund“ wieder mit der IG Druck und Papier vereinigt. Es handelt sich dabei um etwa 2500 Litographen, Chemiegraphen und andere Bildhersteller, die sich 1952 von der IG Druck und Papier abgespalten hatten. Den bisherigen Mitgliedern des Senefelder-Bundes wird die Mitgliedschaft angerechnet; ferner wird in alle Vorstände der IG Druck und Papier je ein Vertreter des ehemaligen Senefelder-Bundes kooptiert.

Für Spenden auf das Postscheckkonto Stuttgart 960 19 verbindlichen Dank!
Die beste Unterstützung der NACHRICHTEN ist ein Abonnement!

Nur noch Laufzeiten von 12 Monaten

Die Gewerkschaft Holz hat mitgeteilt, sie werde alle zur Kündigung anstehenden Tarifverträge zum nächstmöglichen Termin aufkündigen. Die Erhöhung der Löhne und Gehälter, eine weitere Verkürzung der Arbeitszeit und Verlängerung des Jahresurlaubs auf 24 Tage seien die wichtigsten tarifpolitischen Ziele. Nach wie vor werde die Gewerkschaft, wie der Vorsitzende Gerhard Vater erklärte, die materielle Besserstellung der Organisierten gegenüber den Nichtorganisierten mit Nachdruck verfolgen. Besondere Aufmerksamkeit verdient die Ankündigung der Gewerkschaft Holz, sie werde in Zukunft eine über zwölf Monate hinausgehende Laufzeit für Tarifverträge nicht mehr akzeptieren.

Über 1,2 Millionen Ausländer

Die Zahl der ausländischen Arbeitnehmer in der Bundesrepublik hat sich weiter erhöht und erreichte jetzt 1,22 Millionen, das sind 5,5 Prozent aller unselbständigen Beschäftigten in der Bundesrepublik. Die stärkste Ausländergruppe sind mit 372 400 die Italiener; es folgen Griechen, Spanier, Türken und Portugiesen.

Die Bundesregierung hat den Sozialbericht 1965 mit dem Gutachten des Sozialbeirats über die Rentenanpassung veröffentlicht. Danach wurden im Januar 1965 in der Bundesrepublik und West-Berlin rund 8,6 Millionen Sozialrenten gezahlt. 68,8 Prozent davon zahlte die Rentenversicherung der Arbeiter, 24,3 Prozent die Angestelltenversicherung, den Rest die knappschaftliche Rentenversicherung.

Im April 1965, nach der 7. Rentenanpassung, hat die durchschnittliche Höhe der Rente in der Rentenversicherung der Arbeiter betragen:

| | |
|--------------------|-----------|
| Versichertenrenten | 214,90 DM |
| Witwenrenten | 166,— DM |

in der Angestelltenversicherung:

| | |
|--------------------|-----------|
| Versichertenrenten | 359,90 DM |
| Witwenrenten | 236,30 DM |

Geht man von den im Sozialbericht für Januar 1965 angegebenen Rentensätzen aus, so ergibt sich, daß nach Durchführung der 7. Rentenanpassung der Rentensatz im Durchschnitt in der Arbeiterrentenversicherung betragen hat:

| | |
|---------------------------|-----------|
| Berufsunfähigkeitsrenten | 132,60 DM |
| Erwerbsunfähigkeitsrenten | 186,80 DM |

| | |
|----------------------------------|----------|
| Altersruhegeld ab 65. Lebensjahr | 244,— DM |
|----------------------------------|----------|

In der Angestelltenversicherung lauten die Zahlen: 169,70 DM, 266,— DM und 406,— DM. Von einem sorgenfreien Lebensabend oder gar einem „Rentenwunder“ kann also für die Masse der Sozialrentner auch jetzt keinesfalls die Rede sein.

Wohl aber gibt es trotz der Rentenanpassungen und entgegen allen pessimistischen Prognosen der Experten ein „Wunder der Vermögensbildung“ oder Kapitalhortung bei den Rentenversicherungsträgern. Die Rentenversicherungen der Arbeiter und Angestellten erzielten einen steigenden jährlichen Überschuß:

| |
|-------------------------------|
| 1962 — rund 2,0 Milliarden DM |
| 1963 — rund 2,1 Milliarden DM |
| 1964 — rund 2,2 Milliarden DM |

Insgesamt hatte die Rentenversicherung Ende 1964 ein Vermögen von 25,154 Milliarden DM. Vor der Rentenreform, Ende 1956, waren es weniger als 10 Milliarden DM gewesen. Eine Steigerung also von mehr als 150 Prozent. Da auch für 1965 mit einem Überschuß von 1,3 Milliarden DM gerechnet wird, wird die Rentenversicherung Ende dieses Jahres über Reserven von fast 26,5 Milliarden DM verfügen.

Der größte Teil dieser Mittel ist in Bundeschuldverschreibungen oder im Wohnungsbau fast angelegt und entlastet faktisch den Staatshaushalt. Die Versicherten werden wachsam sein müssen, daß der Bundesfinanzminister der Rentenversicherung nicht erneut, wie schon 1964 und 1965, eine Zwangsanleihe zum Ausgleich des vor den Wahlen um 7 bis 8 Milliarden DM überzogenen Haushalts für 1966 auferlegt! Schon zweimal wurde das Vermögen der Sozialversicherung in Rüstung und Krieg verpulvert!

Zu den Rentenanpassungen zahlt der Bund für die Arbeiter- und Angestell-

tenversicherung keinen Pfennig, sondern nur für die Knappschaft. Das ist auch für die 8. Rentenanpassung so vorgesehen. Trotzdem sind die Bundeszuschüsse absolut in den Jahren seit der Rentenreform noch erhöht worden. Aber ihr Anteil an den Einnahmen der Rentenversicherungen der Arbeiter und Angestellten ist im Verhältnis zu den Beiträgen von 36 Prozent im Jahre 1958 auf 26,8 Prozent im Jahre 1965 zurückgegangen. Auf ihrem Parteitag in Düsseldorf hat sich die CDU das Ziel gesetzt, im Zeichen der „Selbstvorsorge“ die staatlichen Zuschüsse zur Rentenversicherung ganz abzubauen.

Obwohl die Rentenversicherung hohe Überschüsse hat, empfiehlt der Sozialbeirat schon für 1966 eine Erhöhung der Beiträge zur Rentenversicherung. Nicht aus Gründen der finanziellen Deckung für die Rentenversicherung, sondern zur „konjunkturellen Entlastung“ und als Beitrag zu einer „umfassenden Dämpfungs politik“. Zwar ist die Bundesregierung bis jetzt dieser Empfehlung nicht gefolgt. Die versicherten Arbeiter und Angestellten, die Rentner und die Gewerkschaften aber tun gut daran, auch auf diesem Gebiet alle Entwicklungen in Bonn sorgfältig zu beachten und bei Gefahr im Verzuge sofort zu reagieren. A. B.

Zu guter Letzt

Durch einen Erlaß des Gesamtdeutschen Ministeriums des FDP-Ministers Mende werden in dem amtlichen Sprachgebrauch die Bezeichnungen „sogenannte DDR“ oder DDR mit Gänselfüßchen verboten. Amtlich soll es nur noch SBZ oder Sowjetzone oder zur Not auch Mitteleuropa Deutschland heißen.

So kann man sich die Lösung der deutschen Frage auch vorstellen, wenn auch nur nach dem Prinzip des bekanntesten Vogel Strauß.

nachrichten

Die NACHRICHTEN erscheinen einmal im Monat. Herausgeber: Heinz Seeger, 799 Friedrichshafen, Erlenerweg 39

Telefon 36 38. Postscheckkonto Stuttgart 960 19
Redaktioneller Mitarbeiter: Gerd Sieber

Für den Inhalt der Briefe kann keine Verantwortung übernommen werden
Bei Nichterscheinen infolge höherer Gewalt besteht kein Ersatzanspruch

Druck: Max Kisteller, Hamburg-Altona, Winterstraße 9-11

Einzelpreis DM 0,60, im Abonnement DM 1,50
jährlich plus Zustellgebühr

Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet

nachrichten

INFORMATIONEN UND KOMMENTARE
ZUR WIRTSCHAFTS- UND SOZIALPOLITIK

12. V. Jahrgang

Friedrichshafen, 1. Dezember 1965

DM 0,60

2 S 21395 E

Sozialreaktionärer Kurs

Die Regierung hält an ihrem Konzept weiter fest

Wachsende Kampfbereitschaft der Gewerkschaften

Otto Brenner hat in der Zeitung METALL die Regierungserklärung Erhards als eine Kampfansage an alle bezeichnet, die in der Bundesrepublik den sozialen Rechtstaat verwirklichen wollen. Die viertägige Diskussion, die fast drei Wochen nach der Regierungserklärung im Parlament abiel, hat diese Feststellung noch verstärkt: Die Reden der Vertreter der Regierungsparteien haben in der gleichen Weise wie der Bundeskanzler deutlich gemacht, daß in den kommenden vier Jahren der sozialreaktionäre Kurs der bisherigen CDU/CSU-Herrschaft fortgesetzt und die Kosten einer verfehlten Wirtschafts- und Sozialpolitik auf die breite Masse der Lohn- und Gehaltsemplänger abgewälzt werden sollen.

Auch in der Außenpolitik sind nach der Erhardschen Regierungserklärung keine Änderungen zu erwarten. Zwar gab es einige demagogische Gesten in bezug auf die Beziehungen zu den sozialistischen Staaten, aber die Forderungen nach Revision der Ostgrenzen und nach Verlängigungsgewalt über Atomwaffen sind ebenso geblieben wie das starre Festhalten an der durch die politischen Tatsachen längst überholten Haltung gegenüber der DDR. Weder in der Regierungserklärung noch in der Bundestagsdebatte wurden irgendwelche Vorstellungen laut über einen Beitrag der Bundesregierung zur Abrüstung, noch kamen Regierungsparteien oder Opposition auf den Gedanken, zur Behebung der Finanzkrise den Rüstungsetat zu kürzen. Es ist also offensichtlich, daß dieser gegen die Interessen und Forderungen der Lohn- und Gehaltsemplänger gerichtete Kurs ebenso wie die Bestätigung der bisherigen aggressiven Außenpolitik zu einer weiteren Verschärfung der Spannungen auf sozialem und innenpolitischen wie auch außenpolitischen Gebiet führen muß.

In dieser Situation ist es nur folgerichtig, wenn in der Regierungserklärung die Vervollständigung der Notstandsgesetze gefordert wird. Denn ohne die Knebelung der demokratischen Rechte wird es nicht möglich sein, den angekündigten Regierungskurs gegen den Willen der breiten Masse der Arbeiter und Angestellten und ihrer Gewerkschaften durchzusetzen. Deshalb darf es keinen Zweifel darüber geben, daß hier der Ansatzpunkt zu finden ist, um eine Regierungspolitik aufzuhalten, die nur Not und Verderben über das deutsche Volk bringen kann.

Das mit Spannung erwartete Auftreten der sozialdemokratischen Oppositionssprecher in der Bundestagsdebatte wird viele enttäuscht haben. Zwar wurde die Diskussion hart geführt; aber alles lief ab unter der bekannten und gefährlichen Lösung: Dasselbe wie die CDU/CSU — nur besser. Es fehlt also an einer politischen Alternative zu der bankrotten Politik, die bisher von der Regierung und den Regierungsparteien geführt wurde. Im Gegenteil, wie auch die Erhardsche Regierungserklärung vermieden es die Sprecher der sozialdemokratischen Fraktion, ausführlich auf die wesentlichen außenpolitischen und militärischen Probleme einzugehen.

Regierungserklärung und Bundestagsdiskussion waren ein Beweis mehr, daß ein ernsthafter Wille zu einer neuen Politik nicht vorhanden ist. Es ist aber offensichtlich, daß nur eine Kürzung des Rüstungsetats die Bonner Finanzkrise beenden kann, daß nur der ernsthafte Versuch zu einer innerdeutschen Verständigung sowie die Erhaltung und Ausweitung des Mitbestimmungsrechtes und die Absage an alle Bemühungen, durch Notstandsgesetze die demokratischen Freiheiten aufzuheben, sowie die Abkehr von einer aggressiven Außenpolitik eine tatsächliche und notwendige Alternative bedeuten.

Aus dem Inhalt

| | Seite |
|----------------------------------------------------------|-------|
| Kraftprobe mit der Sozialreaktion | 2 |
| Tauziehen um Ostpolitik des DGB | 4 |
| Notstands-Anschauungsunterricht | 5 |
| Demokratie — Auftrag für die Jugend | 6 |
| Angestelltenkonferenz des DGB | 7 |
| Nach dem Wahlsieg: Demaskierung | 8 |
| Preislawine rollt schneller | 9 |
| Interview mit Otto Horn: „Kein allgemeingültiges Rezept“ | 10 |
| Mitbestimmung ausgehöhlt | 12 |

SCHLAUE RATGEBER

In den wenigen Wochen nach der Wahl haben die mit Versprechungen so reich eingedeckten Bundesbürger erfahren, was es mit der Erhardschen Ankündigung einer „Wirtschafts- und Finanzpolitik aus einem Guß“ auf sich hat. Eine geradezu beispiellose Preiswelle ist über die Verbraucher hereingebrochen. Brot, Butter, Fleisch, Gemüse, Mieten und Verkehrstarife, Gas und Wasser sind in einem Maße gestiegen, die den Verbraucher geradezu in eine Panik versetzt.

Was die Bundesregierung tut, um diese Preiswelle zu stoppen, ist gleich Null, wenn man davon absieht, daß sie dem Verbraucher, und hier vornehmlich den Hausfrauen, lächerliche Ratschläge erteilt.

So hat u. a. der Bundeswirtschaftsminister Schmucker vor der Jahrestagung des Einzelhandelsverbandes die Verbraucher aufgefordert, „Preisdisziplin“ zu halten, und der nordrhein-westfälische Wirtschaftsminister Kienbaum hat in einer mehr als naiven Art und Weise Ermahnungen an die Verbraucher gerichtet, „preiswerte Einkaufsmöglichkeiten durch schnelle Mundpropaganda auch anderen Verbrauchern anzuzeigen“.

Nun braucht man einer Hausfrau, deren Familienoberhaupt nicht mehr als 600 DM Monatsverdienst nach Hause bringt, nicht zu erzählen, was sie beim Einkauf wählen muß. Sie kann nämlich gar nicht wählen, denn mit den Mitteln, die ihr zur Verfügung stehen und die fast zur Hälfte allein für die Nahrungsmittel aufgebracht werden, muß sie sowieso das Billigste kaufen.

okolus